



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

23. Sitzung des Gemeinderates Sitzung der 14. Legislaturperiode vom 04.03.2025

Vorsitz	Ratspräsident	Philip Graf
Anwesend	Gemeinderat	32 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach Kurt Hottinger Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Mark Wisskirchen
	Stv. Verwaltungsdirektor	Marc Osterwalder
Protokoll	Ratssekretariat i.V.	Regula Götsch
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Jenifer Murati, Die Mitte
	Stadtrat	--
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 20:00 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsident Philip Graf eröffnet die 23. Sitzung des Gemeinderates der 14. Legislaturperiode vom Dokument und stellt die Anwesenheit von 31 Mitgliedern fest. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Ganz besonders begrüsst werden Claudio Wäger von der SVP, der heute seine erste Sitzung als Gemeinderat hat. Ebenfalls begrüsst werden die beiden neuen Bereichsleiter Daniel Knöpfli, Einwohnerdienste und Soziales und Andreas Stoll, Bereichsleiter Lebensraum.

Traktandenliste

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen des Gemeinderats
- 3 Interpellation 13528; Max Töpfer, SP; Aktueller Stand der Planungen beim Projekt "Claudunum"; Begründung / Beantwortung / Stellungnahme
- 4 Interpellation 13600; Anita Egg, SP; Arealüberbauung Hamelirainstrasse 84; Begründung
- 5 Interpellation 13603; Sigrun Sommer, SP; Missachtung des "Allgemeinen Fahrverbotes in beiden Richtungen" in der SBB Unterführung, Bahnhof Kloten; Begründung
- 6 Beschluss 108-2025; Interpellation 13656; Erkam Dagli, FDP; Haltung der Stadt Kloten zum SIL-Entwurf und zur Nachruhe-Forderung
- 7 Interpellation 13673; Anita Egg, SP; Massnahmen Eigentälstrasse
- 8 Vorlage 9907; Geschäftsreglement Gemeinderat GeschR GR; Teilrevision 2025 betr. Reihenfolge Wortmeldungen und Aktenauflage
- 9 Vorlage 7524; Gestaltungsplan Gwärfihölzli

Protokoll

Es liegen zur Zeit keine genehmigungsfähigen Protokolle vor.

0.5.1 Versammlungen / Sitzungen

Mitteilungen des Gemeinderats; 4.4.2025

- Das Ratspräsidium hat gemäss dem Geschäftsreglement Artikel 53 Absatz 1 dem Schweizer Fernsehen sowie auch dem Klotener Anzeiger und am Zürcher Unerländer die Bewilligung erteilt, an der Sitzung zu filmen respektive zu fotografieren. Die Ratsleitung hat in einer E-Mail im Vorfeld darüber informiert.
- Die Junisitzung wird, sofern das Wetter mitspielt, auf dem Stadtplatz stattfinden. Ansonsten findet sie wie gewohnt im Ratssaal statt. Ersatzdatum bei schlechter Witterung ist die Septembersitzung. Die Idee dazu stammt aus einem Glow - das Glattal-Anlass aus dem letzten Jahr, bei welchem es um die Förderung der politischen Partizipation in der Bevölkerung ging. Eine Idee, um eben diese politische Partizipation zu fördern war, dass man die Sitzung zur Bevölkerung bringt und öffentlich auf einem Platz, in Kloten auf dem Stadtplatz, durchführt. Die Ratsleitung fand dies eine gute Idee.
- Am 1. November 2025 findet von neun bis um eins eine Auftrittsschulung für die Mitglieder des Gemeinderates statt. Unser Referent wird der bekannte Journalist und Moderator und Coach Patrick Rohr sein.
- Die weiteren Informationen, die seit der letzten Gemeinderatssitzung allen Mitgliedern mitgeteilt wurden, werden im Protokoll aufgeführt und ab jetzt nicht mehr mündlich vorgetragen.

Folgende Informationen sind den Gemeinderatsmitgliedern zu Vorlagen oder politischen Vorstössen zugestellt worden:

- Beschlüsse der Gemeinderatssitzung vom 3.12.2025
- Interpellation 13528, Max Töpfer, Projekt Claudunum
- Interpellation 13600, Anita Egg, Hamelirainstrasse
- Anfrage 13601, D. Diaz, M. Töpfer, Junge Tat
- Vorlage 7478; SBB Doppelspurausbau Opfikon Riet - Kloten; Antrag Kreditbeschluss
- Interpellation 13603, Sigrun Sommer, Fahrverbot in SBB-Unterführung
- Vorlage 9209, Zentrum Schluefweg - P2 Sanierung und Erweiterung Hallenbad, Antrag an den Gemeinderat
- StR-Beschluss 04.02.2025, Anfrage Max Töpfer und Diana Diaz, Junge Tat im Zentrum Schluefweg, Beantwortung
- Vorlage 13546; Polizeiverordnung; Teilrevision, Antrag an den Gemeinderat
- Interpellation 13656; Erkam Dagli, FDP; Haltung der Stadt Kloten zum SIL-Entwurf und zur Nachruhe-Forderung
- Vorlage 9907; Geschäftsreglement Gemeinderat GeschR GR; Teilrevision 2024; Reihenfolge Wortmeldungen; Aktenauflage
- Interpellation 13673; Anita Egg, SP; Massnahmen Eigentalsstrasse

Folgende Informationen sind zudem den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden:

- StR-Beschluss: 17.12.2024, Infrastrukturmanagement: Gerlisbergstrasse, Abschnitt Dorf; Projektfestsetzung und Kreditfreigabe
- StR-Beschluss: 03.12.2025, Ersatzwahlen Legislatur 2022-2026; Gemeinderat; SVP; Claudio Wäger; ab 1.1.2025 (Nachfolge Tina Kaspar)
- StR-Beschluss: 21.01.2025, Infrastrukturmanagement: Gerlisbergstrasse, Abschnitt Dorf; Aufhebung Beschluss Nr. 360-2024 vom 17.12.2024; Projektfestsetzung und Kreditfreigabe
- StR-Beschluss: 21.01.2025, Festlegung der Wahltermine 2026
- StR-Beschluss: 04.02, Zentrum Schluefweg, P1 Sanierung Lüftung Konferenzzentrum und Neubau Energiezentrale; Kredit, zusätzliche Massnahmen und behördliche Auflagen
- Protokoll der Ratsleitungssitzung
- Protokolle der GRPK-Sitzungen

04.03.2025 Beschluss Nr. 104-2025 Interpellation 13528; Max Töpfer, SP; Aktueller Stand der Planungen beim Projekt "Claudunum"; Begründung / Beantwortung / Stellungnahme

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Max Töpfer, SP; Aktueller Stand der Planungen beim Projekt "Claudunum"; Begründung

Am 3. Dezember 2024 haben Max Töpfer, SP, und Mitunterzeichnende die folgende Interpellation eingereicht:

Mit rund 16'000 m2 ist das Areal «Bahnhof Süd» eine der grössten Landreserven im Eigentum der Stadt Kloten. Seit einigen Jahren arbeitet die Stadt unter dem Codenamen «Claudunum» an der Entwicklung des Gebiets. Im regionalen Richtplan ist unter anderem die Erstellung eines Parkhauses als Ersatz für die Flächenparkplätze am Römerweg vorgesehen. Dadurch eröffnen sich neue Nutzungsmöglichkeiten.

Das Areal liegt in einer Wohn- und Gewerbezone und ist gut erschlossen (ÖV-Güteklasse B). Eine Wohnnutzung muss daher in einem Teil des Areals angestrebt werden. Eine Chance für die Stadt, ihrem Auftrag zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus nachzukommen. Die Zusammenarbeit der Stadt mit einem entsprechenden Bauträger ist darum angezeigt. So wird die Bevölkerung von mehr Wohnungen nach Kostenmiete profitieren können.

Der Stadtrat beantragt im Budget 2025 Fr. 250'000 für die Suche nach einer geeigneten Bauträgerschaft und Studienaufträgen für das neue Parkhaus. Das lässt darauf schliessen, dass bereits Konzepte zur zukünftigen Nutzung des Areals vorliegen. Für eine Übersicht über den aktuellen Stand der Planungen des Projekts «Claudunum» bitten wir den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

1. *Welches Konzept verfolgt der Stadtrat bei der Entwicklung des Areals «Bahnhof Süd»? Was für Nutzungen werden auf den stadteigenen Grundstücken angestrebt?*
 2. *Welche öffentlichen Nutzungen sind geplant?*
 3. *Ist eine Wohnnutzung geplant? Wenn ja, wie gross ist das Potential an Wohnungen?*
 4. *Sind gemeinnützige Wohnungen nach Kostenmiete geplant? Wenn ja, wie gross ist der Anteil in Prozent am gesamten Wohnungsmix?*
 5. *Werden die Grundstücke im Baurecht abgegeben? Wenn ja, wie sehen die Konditionen für die Baurechtszinsen aus?*
 6. *Sieht es der Stadtrat als Option an, durch die Baurechtszinsen andere Investitionen (z.B. Parkhaus) zu refinanzieren?*
 7. *Wie sieht das Anforderungsprofil an eine Bauträgerschaft aus? Kommen Wohnbaugenossenschaften für den Stadtrat als geeignete Bauträgerschaften in Frage?*
 8. *Wie sieht der Fahrplan für das Projekt «Claudunum» aus?*
 9. *Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form wird der Gemeinderat in das Projekt einbezogen werden?*
- Ich bedanke mich für die Beantwortung meiner Fragen.*

Beschluss:

Die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation demnächst schriftlich.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Philip Graf: Wir kommen zum ersten Traktandum: Interpellation 13528; Max Töpfer, SP; Aktueller Stand der Planungen beim Projekt "Claudunum"; Begründung. Am 3. Dezember 2024 hat Max Töpfer die Interpellation eingereicht. Er kann diese heute Begründen. Die Antwort des Stadtrats folgt dann entweder mündlich heute oder schriftlich. Er wird uns dies aber noch mitteilen. Das Wort hat Max Töpfer für die Begründung der Interpellation.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Am Römerweg befinden sich rund 16'000 Quadratmeter Bauland, die der Stadt Kloten gehören. Noch wird das Grundstück als grosser Flächenparkplatz genutzt. Wenn die Parkplätze aber dereinst in einem neuen Parkhaus gestapelt sind, wird das Areal für andere Nutzungsmöglichkeiten attraktiv. Unter dem Codenamen Claudunum laufen bereits seit einigen Jahren Planungen für die Arealentwicklung. Im Budget 2025 sind sogar 250'000 Franken für die Suche nach einer geeigneten Bauträgerschaft vorgesehen. Bisher wurden weder der Gemeinderat noch die Öffentlichkeit über die zukünftige Nutzung der Grundstücke am Römerweg informiert. Mit der vorliegenden Interpellation will die SP darum Licht ins Dunkel bringen. Da das Gebiet äusserst gut erschlossen ist und in einer Wohn- und Gewerbezone liegt, ist zumindest teilweise eine Wohnnutzung angezeigt. Sollte dies der Fall sein, dann fordert die SP den Stadtrat dazu auf, bei der Arealentwicklung einen gemeinnützigen Bauträger wie eine Genossenschaft mit ins Boot zu holen. In Kloten fehlt es an immer mehr bezahlbarem Wohnraum, gleichzeitig stagniert der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen bei rund 7 %. Das ist deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt von fast 10 %. Auf ihrem eigenen Land hat die Stadt Kloten den grössten Hebel, um den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Ein gelungenes Beispiel hierfür sind beispielsweise die Alterswohnungen der SILU an der Ackerstrasse oder die zukünftige Überbauung auf der Chasern. Gemeinnützige Wohnungen bringen viele Vorteile für Kloten mit sich. Die Bevölkerung profitiert von bezahlbaren Wohnungen nach Kostenmiete, gleichzeitig schaffen gerade Genossenschaftlichen Wohnraum für Familien und Ältere. Wir danken dem Stadtrat bereits im Voraus für die Beantwortung der Fragen. Und hoffen, dass unser Anliegen aufgenommen wird. Vielen Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Max Töpfer. Kommen wir zum Stadtrat. Darf ich dem Stadtrat das Wort erteilen?

Stadtrat, Roger Isler: Ja gern, vielen Dank. Ja, wir sind tatsächlich hintendrein mit der Beantwortung, das wurde aber mit Max so abgesprochen. Das hatte auch den Grund, dass die Interpellation erst heute überwiesen werden konnte und weil wir natürlich noch zuhören wollten. Vielleicht gibt es noch das eine oder andere Wichtige, das wir mitnehmen dürfen in die Beantwortung. Die Beantwortung kommt schriftlich. Ziemlich sicher demnächst schon, denn wir sind doch schon recht weit.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion im Rat? Das ist nicht der Fall. In diesem Fall gehen wir zum nächsten Traktandum.

04.03.2025 Beschluss Nr. 105-2025 Interpellation 13600; Anita Egg, SP; Arealüberbauung Hamelirainstrasse 84; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Anita Egg, SP; Arealüberbauung Hamelirainstrasse 84; Begründung

Anitag Egg, SP, und Mitunterzeichnende haben am 10.1.2025 folgende Interpellation eingereicht:

In den letzten Wochen hat das Projekt Arealüberbauung Hamelirainstrasse 84 Wellen geworfen. Neben der Kritik an der Überbauung stösst der Landverkauf durch den Stadtrat auf Unverständnis sowohl in der Bevölkerung wie bei uns in der SP Kloten. Der Landverkauf ermöglicht einem privaten Investor, der Stimo Generalunternehmungen AG, eine Arealüberbauung und dadurch eine grössere Ausnutzung und höhere Rendite. Es ist anzunehmen, dass eher teure Wohnungen geplant sind. Dies trotz der Tatsache, dass bezahlbare Wohnungen in Kloten kaum mehr vorhanden sind. Die SP Kloten fordert Politik und Verwaltung auf, dieses Problem im Auge zu haben und entsprechend zu agieren.

Wir möchten den Stadtrat bitten, uns folgende Fragen zu beantworten:

- *Warum hat der Stadtrat die 10 m2 Boden an einen privaten Investor verkauft, ohne eine Gegenleistung, wie ein Anteil an preisgünstigen Wohnungen, zu fordern.*
- *Wie legt der Stadtrat die Bestimmungen des PBGs, §71 beim Projekt Hamelirain 84 aus?*
 - *1) Die Bauten und Anlagen sowie deren Umschwung müssen besonders gut gestaltet sowie zweckmässig ausgestattet und ausgerüstet sein.*
 - *2) Bei der Beurteilung sind insbesondere folgende Merkmale zu beachten:*
 - a. Beziehung zum Ortsbild sowie zur baulichen und landschaftlichen Umgebung*
 - b. kubische Gliederung und architektonischer Ausdruck der Gebäude*
 - c. Lage, Zweckbestimmung, Umfang und Gestaltung der Umgebungsanlagen*
- *Auf Grund welcher Kriterien trifft der Stadtrat seine Entscheidungen zu Arealüberbauungen? Existiert ein Anforderungsprofil oder wird eine Checkliste verwendet? Garantieren diese eine Gleichbehandlung aller Arealüberbauungsprojekte?*

Beschluss

Die Interpellation wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation später.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Philip Graf: *Kommen wir zur Interpellation 13600; Anita Egg, SP; Arealüberbauung Hamelirainstrasse 84; Begründung. Am 13. Januar 2025 hat Anita Egg die Interpellation eingereicht. Zum Ablauf. Zuerst die Begründung der Interpellation, dann die Stellungnahme des Stadtrats und dann, falls es einen Antrag auf Diskussion gibt, die Diskussion im Gemeinderat. Darf ich dich, Anita, nach vorne bitten?*

SP-Fraktion, Anita Egg: *Liebe Anwesende und nicht Anwesende, die geht es ja eigentlich auch an. Die Arealüberbauung Hamelirainstrasse 84 hat im vergangenen Herbst Wellen geworfen. Durch den Verkauf von 10 m² Boden durch die Stadt an einen Privatinvestor, wurde eine Arealüberbauung möglich. Sie ermöglicht dem Investor, einige Stockwerke höher zu bauen, nebst anderem. Die Nachbarschaft findet das Gebäude zu hoch und nicht ins Quartier passend und wehrt sich. Für uns von der SP ist stossend, dass die Stadt diesen Handel eingegangen ist, ohne wenigstens eine Gegenleistung in Form von bezahlbaren Wohnungen zu fordern. Nachdem es im Steinacker kein neues Quartier mit neuen Wohnungen geben wird, wächst der*

Baudruck in unseren bestehenden Quartieren. Es werden weitere Arealüberbauungen folgen. Uns von der SP ist es ein Anliegen, dass die Stadt ihre Möglichkeiten ausschöpft, um bei Arealüberbauungen bezahlbaren Wohnraum für die Klotener Bevölkerung zu schaffen. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft. Es ist uns auch ein Anliegen, dass die Kriterien für Arealüberbauungen die nahe Umgebung, die Gestaltung wie auch die Lage in den Quartieren, einbezieht. Wir freuen uns auf klärende Antworten auf die Fragen. Danke fürs Zuhören.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Anita. Darf ich dem Stadtrat das Wort erteilen?

Stadtrat, Roger Isler: Ja, danke für diese Interpellation. Wir werden sie fristgerecht schriftlich beantworten.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion im Gemeinderat? Thomas Schneider, SVP.

SVP-Fraktion, Thomas Schneider: Heute befassen wir uns mit einer Interpellation von Anita Egg bezüglich Arealüberbauung. Zum Anfang meiner kurzen Rede möchte ich gerne offenlegen, dass ich durchaus auch ein bisschen befangen bin bei diesem Thema, bin ich doch in dem betroffenen Quartier aufgewachsen und habe eine ganz tolle Kindheit in dieser damaligen Modell-Gartensiedlung verbringen dürfen. Die Kernfrage, mit der wir uns befassen müssen, ist der Verkauf von 10 m² Stadtfläche, die jedes Jahr mehrfach gemäht werden müssen, an einen privaten Investor und damit Bedenken hinsichtlich der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Zuerst möchte ich betonen, dass die SVP Kloten die Förderung von Wohnraum unterstützt, der den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger entspricht. Wir legen Wert auf eine ausgewogene Entwicklung, welche sowohl den Bau von Eigentum wie auch die Schaffung von Mietwohnungen umfasst. Da gehört es ebenfalls dazu, den sogenannten bezahlbaren Wohnraum zu berücksichtigen. Wir erachten es allerdings nicht als Aufgabe der Stadt, durch den Verkauf von kleinen Parzellen direkt Einfluss auf die Preisgestaltung zu nehmen. Der Verkauf dieser genannten Fläche erfolgte gemäss den gesetzlichen Bestimmungen und den geltenden Kompetenzordnungen, die eine optimale Nutzung des Areals fordern. Es liegt im Interesse der Stadt, brachliegende oder ungenutzte Flächen einer sinnvollen Verwendung zuzuführen und eine Verdichtung nach innen zu fördern. Ein wichtiger Punkt, den man da nicht ganz vernachlässigen darf: Es besteht ein Rechtsanspruch, um dort zu bauen. Das heisst, der Besitzer hat das Recht, dort ein Haus hinzustellen. Eine Arealüberbauung unterliegt allerdings viel strengeren Anforderungen als eine reguläre Überbauung nach BZO. Die Einbindung ins Ortsbild, die architektonische Qualität, die Wohnlichkeit, Infrastruktur, Umwelt- und Versorgungsfragen und vor allem auch die Grünflächen sind gesondert geregelt. Und gerade darum ist der Verkauf von dieser Fläche entscheidend. Er ermöglicht überhaupt erst, dass eine Arealüberbauung gebaut werden kann und dass die Stadt ein vermehrtes Einspracherecht hat. Ohne diesen Verkauf könnte eine kleinere Überbauung gemacht werden, aber die Stadt hätte keine Einflussnahme und keine Möglichkeiten. Nun stellt sich die Frage natürlich, warum diese 10 m² behalten und diese Einsprachemöglichkeit verwirken? Es betrifft ja nicht nur das Erscheinungsbild dieser Überbauung, sondern auch Grünflächen, Erschliessungskonzept, Anordnung des Gebäudes auf dem Areal. Ohne den Verkauf würde die Parzelle unter Umständen überbaut werden mit einer kleineren Überbauung, wo die Einflussmöglichkeiten der Stadt und schlussendlich auch von uns, wesentlich eingeschränkt wären. Durch die Möglichkeit einer Arealüberbauung hat die Stadt eine direkte Mitgestaltungsmöglichkeit und kann Qualitätsanforderungen stellen, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen und davon profitiert schlussendlich das Quartier und die Nachbarschaft. Die Entscheidung des Stadtrates, das Grundstück zu verkaufen, ohne spezielle Auflagen für preisgünstigen Wohnraum zu machen, basiert auf einer Gesamtbetrachtung und einer städtebaulichen Entwicklung und der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen. Es ist wichtig zu erkennen, dass die Schaffung von Wohnraum vielfältige Ansätze erfordert und nicht alleine durch Auflagen bei Grundstückverkäufen erreicht werden können. Ich glaube, die

Entwicklung, nein, ich glaube nicht, ich weiss: Die Entwicklung von Kloten liegt uns allen am Herzen und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, da Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen der Bevölkerung als auch den wirtschaftlichen, städtebaulichen Anforderungen gerecht werden. Darum werden wir dieses Geschäft auch unterstützen. Dankeschön.

Ratspräsident, Philip Graf: *Danke, Thomas. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Falls.*

04.03.2025 Beschluss Nr. 106-2025 Interpellation 13603; Sigrun Sommer, SP; Missachtung des "Allgemeinen Fahrverbotes in beiden Richtungen" in der SBB Unterführung, Bahnhof Kloten; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Sigrun Sommer, SP; Missachtung des "Allgemeinen Fahrverbotes in beiden Richtungen" in der SBB Unterführung, Bahnhof Kloten; Begründung

Sigrun Sommer, SP, und Mitunterzeichnende haben am 10. Januar 2025 folgende Interpellation eingereicht:

Die SBB Unterführung beim Bahnhof Kloten verbindet zwei Klotener Stadtteile: Das Stadtzentrum mit den Quartieren in Klotens Südosten (Breitstrasse, Hamelirain, Buchhalden und Spitz).

Die Unterführung ist eine Fussgängerunterführung der SBB und es herrscht ein «Allgemeines Fahrverbot in beiden Richtungen». Die Vorschriftssignale auf beiden Seiten der Hauptzugänge signalisieren unmissverständlich, dass der Verkehr grundsätzlich in beiden Fahrtrichtungen für alle Fahrzeuge verboten ist.

Die Unterführung wird dennoch von Personen mit allen möglichen Fahrzeugen, wie Velos, eBikes, E-Trottis, selbstbalancierenden Geräten (sogenannte «Trendfahrzeugen»), etc. befahren. Nach geltendem Recht dürfen die Fahrzeuge jedoch nur dort eingesetzt werden, wo auch Fahrräder fahren dürfen. Verkehrsflächen, die den Fussgängern vorbehalten sind, dürfen nicht benutzt werden und wenn doch, dann müssen Fahrräder sowie Motorfahrräder und zweirädrige Motorräder, bei abgestelltem Motor, geschoben werden.

Nicht nur, dass diese Verkehrsanordnung des Allgemeinen Fahrverbots in beide Richtungen praktisch dauernd missachtet wird, so wird die Unterführung zusätzlich mit rücksichtslosem Verhalten und in schnellem Tempo durchfahren.

Es kommt immer wieder zu gefährlichen Situationen, besonders bei Querungen, wenn die Zugpassagiere vom Perron in die Unterführung strömen oder umgekehrt von den Unterführungshauptzugängen zu den Gleisen eilen.

*Da die Unterführung im Besitz der SBB ist, hat die Stadt Kloten keine direkte Handhabe. Trotzdem muss auch dort für die Stadt Kloten die Sicherheit ihrer Bürger*innen einen hohen Stellenwert einnehmen.*

Die Beantwortung der folgenden Fragen schafft mehr Klarheit, welche Möglichkeiten die Stadt Kloten zur Überwachung der Einhaltung der Verkehrsregeln an diesem speziellen Ort einleiten bzw. angehen kann:

- *Hat die Stadt Kloten Kenntnis über solche gefährlichen Vorkommnisse bzw. geht die Stadt Kloten möglichen Meldungen nach?*
- *Gibt es Statistiken bzw. Berichte zu Unfällen bzw. Fast-Unfällen in der SBB Unterführung?*
- *Steht die Stadt Kloten bezüglich der Sicherheit der Unterführungsbenuzter im Austausch mit der SBB?*
- *Wenn es keine Informationen zu kritischen Vorkommnissen gibt, gäbe es, in Absprache mit der SBB, die Möglichkeit diese z.B. über einen QR Code zu sammeln, der direkt in der Unterführung und den Zugängen gescannt werden kann? Auf diese Weise könnten Ereignisse fast in Echtzeit rapportiert, zeitliche Tendenzen abgelesen und Kontrollen koordiniert werden.*
- *Kann die Stadt Kloten die Polizei selbst beauftragen Kontrollen in der Unterführung durchzuführen oder muss die SBB die Polizei beauftragen?*
- *Finden bereits heute regelmässige Kontrollen durch die Polizei statt?*
- *Gibt es Pläne die Verkehrsströme neu zu beurteilen und die der Fussgänger und der strafbaren Verkehrsteilnehmer zu entflechten?*
- *Wurden bereits Optionen in irgendeine Richtung geprüft, um das Gefahrenpotential zu reduzieren?*

Ich bedanke mich jetzt schon ganz herzlich beim Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen.

Beschluss:

Die Interpellation wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat wird die Interpellation schriftlich beantworten.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: Wir kommen zum Traktandum: Interpellation 13603; Sigi Sommer, SP; Missachtung des "Allgemeinen Fahrverbotes in beiden Richtungen" in der SBB Unterführung, Bahnhof Kloten; Begründung. Der Vorstoss wurde am 14. Januar 2025 von Sigi Sommer eingereicht. Auch hier wieder derselbe Ablauf. Zuerst die Begründung der Interpellantin, dann Stellungnahme des Stadtrats und, falls ein Antrag vorliegt, die Diskussion im Rat. Darf ich dich, Sigi, bitten?

SP-Fraktion, Sigi Sommer: Ihr kennt sie alle und habt sie schon mehr oder auch weniger gebraucht. Die Fussgänger-Bahnhofsunterführung zwischen Lindenstrasse und Breitstrasse. Sie verbindet das Zentrum von Kloten mit den Wohngebieten Hamelirain, Buchhalden, Spitz und Breitstrasse. Die Unterführung ist zentral und wird viel frequentiert. Leider nicht nur von Fussgängern und jenen, die ihre Fahrgeräte stossen, sondern auch von jenen, die zum Teil recht rücksichtslos durch die Unterführung mit dem Velo, Töffli, E-Trotti oder anderem rasen. Besonders heikel wird es dann, wenn die Leute vom Zug in die Unterführung strömen oder umgekehrt auf den Zug rennen. Mir ist nämlich genau das auch schon passiert, dass ich fast angefahren worden wäre, habe aber gerade noch ausweichen können. Also Wegspringen wäre jetzt übertrieben gewesen, das geht nicht mehr so gut. Das hat mich schon ziemlich geärgert, denn es ist eine Fussgängerunterführung, wo das Durchfahren verboten ist. Und als dann auch noch andere Klotener wegen dem gleichen Thema auf uns zugekommen sind, war es definitiv Zeit für diese Interpellation. Mit dem Wissen, dass die Unterführung der SBB gehört und die Stadt Kloten keine direkte Handhabe hat, würde ich trotzdem gerne vom Stadtrat wissen: Hat die Stadt Kloten Kenntnis über solche Vorfälle und geht sie möglichen Meldungen nach? Gibt es Statistiken oder Berichte zu Unfällen oder Fast-Unfällen in dieser Unterführung? Steht die Stadt mit der SBB im Austausch bezüglich der Sicherheit der Nutzer dieser Unterführung? Es ist uns klar, die Polizei hat natürlich auch Wichtigeres zu tun, als die ganze Zeit in der Unterführung zu kontrollieren. Das ist absolut richtig, aber man könnte mit aufgehängten QR-Codes in der Unterführung vielleicht solche Situationen erfassen, indem man sie direkt und ziemlich zeitnah meldet. Auf diese Art wäre es einfach möglich, eine zeitliche Schwerepunkttendenz festzustellen und gezielt Kontrolle durchführen zu lassen. Und dann stellt sich natürlich die Frage, darf die Stadt Kloten selber die Polizei für die Kontrolle aufbieten oder muss die SBB das tun? Gibt es jetzt schon regelmässige Kontrollen durch die Polizei? Gibt es Pläne, die Verkehrsströme neu zu beurteilen und Fussgänger und die fehlbaren Verkehrsteilnehmer zu entflechten? Gibt es schon Optionen, die geprüft worden sind, um das Gefahrenpotenzial zu reduzieren? Uns ist sonnenklar, dass auch die Unterführung mit dem Umbau des Bahnhofs neu beurteilt und neu gebaut werden soll. Aber bis dann geht es noch lange und es braucht jetzt Antworten und Lösungen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Sigi. Für die Stellungnahme des Stadtrats darf ich dich, Gabi Kuratli, bitten?

Stadträtin, Gabi Kuratli: Herzlichen Dank, liebe Sigi. Wir werden das sicher schriftlich beantworten.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Gabi Kuratli. Gibt es einen Antrag auf Diskussion? Das ist nicht der Fall.

04.03.2025 Beschluss Nr. 108-2025 Interpellation 13656; Erkam Dagli, FDP; Haltung der Stadt Kloten zum SIL-Entwurf und zur Nachtruhe-Forderung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation 13656; Erkam Dagli, FDP; Haltung der Stadt Kloten zum SIL-Entwurf und zur Nachtruhe-Forderung; Begründung

Am 11. Februar 2025 haben Erkam Dagli, FDP, und Mitunterzeichnende die folgende Interpellation eingereicht.

Der Zürcher Unterländer berichtete am 28. Januar 2025 über die Stellungnahme der Gemeinde Rümlang zum Entwurf des SIL-Objektblatts und des Grundlagenberichts des BAZL. Mittlerweile hat sich auch der Schutzverband sbfz kritisch zum Entwurf geäussert.

Die Diskussion um den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) und die Forderungen der Gemeinde Rümlang bzw. sbfz – insbesondere nach einer starren siebenstündigen Nachtruhe (23:00 Uhr bis 6:00 Uhr), hat in den letzten Tagen erheblich an Dynamik gewonnen und zielt gemeinsam mit der Nachtruheinitiative auf die Funktionsfähigkeit unseres prosperierenden Flughafens. Diese Forderungen, in Kombination mit der Nachtruhe-Initiative, gefährden laut Studien bis zu 8.000 Arbeitsplätze. Zudem könnten wichtige internationale Verbindungen des Flughafen Zürich, die über unsere Stadtgrenzen hinaus von volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, aufs Spiel gesetzt werden.

Der Flughafen Zürich ist der Wirtschaftsmotor unserer Region und unser Tor zur Welt. Er umfasst nicht nur wichtige Steuerzahler, sondern auch die grössten Arbeitgeber in Kloten. Zahlreiche Klotenerinnen und Klotener arbeiten direkt oder indirekt für das System Flughafen. Seine zentrale Bedeutung für Kloten steht ausser Frage.

Als Klotener Flughafenpartei möchten wir vom Stadtrat daher folgendes wissen:

- *Hat sich die Stadt Kloten ebenfalls bis zum 14. Februar 2025 zum Entwurf des SIL-Objektblatts und des Grundlagenberichts geäussert?*
- *Falls ja, welche wesentlichen Punkte umfasst diese Stellungnahme? Wie positioniert sich die Stadt Kloten zum Entwurf des SIL-Objektblatts und des Grundlagenberichts?*
- *Wenn nein, weshalb hat sich der Stadtrat gegen eine Stellungnahme entschieden, während andere Gemeinden die gesamte Bevölkerung für eine Stimmungsmache mobilisieren und durch Partikularinteressen die Funktionsfähigkeit des Flughafens sowie damit zusammenhängende Arbeitsplätze gefährden*
- *Wie bewertet die Stadt Kloten die Forderung der Gemeinde Rümlang bzw. der Nachtruheinitiative nach einer starren siebenstündigen Nachtruhe am Flughafen Zürich (23 Uhr bis 6 Uhr)?*
- *Welche Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in Kloten erwartet der Stadtrat bei einer Einführung der siebenstündigen Nachtruhe?*
- *Plant der Stadtrat, sich aktiv gegen solche Forderungen zu positionieren und öffentlich Stellung zu beziehen?*
- *Wie steht der Stadtrat zum Standpunkt des Schutzverbandes sbfz?*
- *Wie hoch sind die finanziellen Beiträge der Stadt Kloten an den sbfz?*
- *Welchen Nutzen sieht der Stadtrat in der Mitgliedschaft beim sbfz?*

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Fragen und erwarten eine klare und transparente Stellungnahme, die sowohl die wirtschaftlichen Interessen als auch die Schutzinteressen der Bevölkerung unserer Stadt in Einklang bringt.

Beschluss:

Die Interpellation wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat wird die Interpellation schriftlich beantworten.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: Wir kommen zum Traktandum Interpellation 13656; Erkam Dagli, FDP; Haltung der Stadt Kloten zum SIL-Entwurf und zur Nachtruhe-Forderung; Begründung. Die Interpellation wurde am 10. Februar 2025 von Erkam Dagli eingereicht. Der Ablauf ist wieder derselbe. Zuerst die Begründung durch den Interpellanten, dann die Stellungnahme des Stadtrats und bei einem Antrag die Diskussion im Rat. Darf ich dich nach vorne bitten, Erkam Dagli?

FDP-Fraktion, Erkam Dagli: Die FDP Kloten steht als DIE Flughafenpartei eindeutig hinter dem Flughafen Zürich. Kloten ist der Flughafen, der Flughafen ist Kloten. Ohne ihn wäre unsere Stadt nicht das, was sie heute ist. Ein pulsierender, international vernetzter Wirtschaftsstandort. Der Flughafen Zürich ist ein faszinierender und emotionaler Ort. Da werden ja nicht nur Reisende empfangen, sondern da wird Zukunft geschaffen und unsere Region vorangetrieben. Der Flughafen ist das Herzstück unserer Region, er sichert die Existenzen, bringt Wohlstand und verbindet uns mit der Welt. Doch jetzt stehen wir vor einer Bedrohung, die unseren Wirtschaftsstandort massiv schwächen könnte. Die Forderung nach einer starren, siebenstündigen Nachtruhe sowie Einschränkungen der Flugbewegungen stellen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unseres Flughafens in Frage, sondern setzen auch Tausende von Arbeitsplätzen aufs Spiel. Gemäss Medienberichten können bis zu 8'000 Menschen ihre Stelle verlieren, 8'000 Existenzen, 8'000 Familien, die vom Flughafen abhängig sind. Und wofür? Für Partikularinteressen und wirtschaftsfeindliche Forderungen. Andere Gemeinden und Verbände betreiben gezielt Stimmungsmache gegen den Flughafen ohne Rücksicht auf Konsequenzen. Sie ignorieren, dass der Flughafen, unser Tor zur Welt, die wirtschaftliche Attraktivität der Anrainergemeinden massiv steigert, dass er unsere Exportwirtschaft antreibt und für unsere Bevölkerung über 30'000 Stellen schafft. Für uns Klotenerinnen und Klotener generiert er zudem noch massive Steuereinnahmen. Es ist unverantwortlich, diesen laufenden Wirtschaftsmotor mit einer unnötigen Regulierungsflut weiter zu drangsalieren. Die sogenannte betriebliche Besitzstandgarantie ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Ohne flexible Betriebszeiten und der Möglichkeit, Verspätungen abzubauen, verliert der Flughafen seine internationale Bedeutung. Wenn wir den Hub-Charakter des Flughafens Zürich schwächen, schwächen wir Kloten, ja sogar die ganze Schweiz. Wollen wir wirklich riskieren, dass die wichtigen internationalen Verbindungen am Abend gestrichen werden? Der Entwurf zum SIL ist nötig, sinnvoll, fair und bringt mehr Sicherheit, unter anderem zum Beispiel auch mit dem Bise- und Nebelkonzept mit Südstarts geradeaus, wovon wir sicherheitstechnisch, aber auch vor allem lärmtechnisch als Klotener nur profitieren können. In meiner Interpellation, die von der gesamten FDP-Fraktion unterstützt wird, fragen wir den Stadtrat deshalb: Wird sich Kloten klar und entschlossen zum Flughafen bekennen oder lassen wir es zu, dass andere Gemeinden und Schutzverbände unseren Wirtschaftsstandort mit ihrem Aufschrei erdrosseln? Wie bewertet der Stadtrat die Einführung einer starren, siebenstündigen Nachtruhe und wie stellt er sich zu den Schutzverbänden, unter anderem dem SBFZ. Wir bedanken uns bereits jetzt schon für die Beantwortung von diesen und weiteren Fragen von meiner Interpellation. Herzlichen Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Darf ich den Stadtrat um Stellungnahme bitten?

Stadtpäsident, René Huber: Danke für diese Fragen. Danke für die Interpellation. Wir werden sie schriftlich beantworten.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, René Huber. Gibt es einen Antrag auf Diskussion? Max Töpfer, SP.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Die FDP wünscht sich mit ihrem Vorstoss eine Stellungnahme des Stadtrats zum aktuellen Entwurf des SIL Objektblattes. Diese steht zum aktuellen Zeitpunkt nämlich noch aus. Dieses Schweigen des Stadtrats kann und darf natürlich aufgrund vergangener Stellungnahmen des Stadtrates zum Flughafen, einmal mehr als blinde Unterordnung des Stadtrats gegenüber den Interessen des Flughafens interpretiert werden. Wenn der Stadtrat nun aber noch schwarz auf weiss zu diesem Entwurf Stellung

beziehen muss, liegt das natürlich auch im Interesse unserer Fraktion. Dies ist gleichzeitig aber auch das einzige Positive, was unsere Fraktion diesem Vorstoss abgewinnen kann. Denn der Vorstoss weist ein absolut einseitiges, flughafenfreundliches Wording auf. So werden wirtschaftliche Interessen nicht nur einfach klar den Interessen des Schutzes der Bevölkerung vor übermässigen Lärmemissionen, besonders während den Nachtstunden, vorgezogen, Gemeinden und Interessensgruppen, welche sich für diesen Bevölkerungsschutz stark machen, werden in diesem Vorstoss regelrecht als existenzielle Bedrohung für den Flughafen theatralisiert. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund interessant, dass die FDP in ihrem Vorstoss anderen Gemeinden vorwirft, Partikularinteressen zu vertreten und Stimmungsmache in der Bevölkerung zu betreiben. Aber was, bitteschön, ist denn euer Vorstoss hier, wenn nicht Partikularinteresse und Stimmungsmache. Ihr macht genau das, was ihr anderen, in den meisten Fällen zu Unrecht, vorwerft, aber halt einfach in die andere Richtung. Dieser Vorstoss ist einmal mehr ein Paradebeispiel dafür, dass sich die FDP völlig unkritisch immer hinter den Flughafen stellt. Dass Fluglärm, besonders während den Nachtstunden, negative Auswirkungen auf die Gesundheit wie zum Beispiel die Förderung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes oder Konzentrationsschwierigkeiten bei Kindern hat, legen diverse Studien, wie beispielsweise die Sirene-Studie, schon längst dar. Die Eidgenössische Kommission für Lärmbekämpfung und das Eidgenössische Tropeninstitut raten deshalb schon lange an, den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm in der Nacht zu verstärken. Dass Bundesrat Albert Rösti mit dem Entwurf des SIL-Objektblattes mit den Standesgarantien für die Betriebszeiten nun das genaue Gegenteil durchdrücken will, erstaunt zwar nicht, ist aber aufs Schärfste zu kritisieren. Statt dass ihr aber solche legitime Kritik zulassen würdet, versucht ihr sie hier sogar eher, effektiv mundtot zu kriegen, indem ihr den Schutzverband SBFZ und Klotens Mitgliedschaft in diesem in Frage stellt. Es ist das deutlichste Zeichen in eurem Vorstoss, dass ihr komplett ausblendet, dass es neben wirtschaftlichen Interessen auch noch andere gibt. Mit eurem Vorstoss zeigt ihr deutlich auf, dass euch die Gesundheit der Bevölkerung in keinster Weise interessiert und ihr euch völlig unkritisch vollkommen dem Flughafen unterordnet. An dieser Stelle würde ich euch noch daran erinnern, ihr seid übrigens Volksvertreter, keine Flughafenvertreter. Diese Aussage darf sich übrigens auch der Stadtrat zu Herzen nehmen. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Max Töpfer. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

Interpellation 13673; Anita Egg, SP; Massnahmen Eigentälstrasse; Begründung

Am 12. Februar 2025 haben Anita Egg und Mitunterzeichnende die folgende Interpellation eingereicht.

Am 03.09.2024 stimmte eine rechte Mehrheit des Rates der Motion 9521; Ueli Morf, SVP; «Umsetzung von Massnahmen für die Offenhaltung der Eigentälstrasse zu». Ein Rahmenkredit von Fr. 750'00.00 wurde bewilligt. Darum möchten wir nachfragen, wie sich die bereits erfolgten Ausgaben zusammensetzen, welche Ausgaben geplant sind und wie die Zuständigkeiten verteilt sind. Zudem interessieren uns die Zusammensetzung und die genauen Aufgaben der Allianz «Unser Eigentäl». Weiter möchten wir wissen mit welchen externen Unternehmungen bzw. Organisationen die Allianz zusammenarbeitet.

Dazu möchten wir dem Stadtrat folgende Fragen stellen:

- *Gemäss Stadtratsbeschluss vom 17.09.2024 sind Kosten für Studien, Gutachten und die Website angefallen. Wie genau setzen sich diese Ausgaben zusammen? Bitte um eine detaillierte Aufstellung.*
- *Welche Kosten sind seither angefallen und wofür? Bitte um eine detaillierte Aufstellung.*
- *Wie stellt der Stadtrat im Detail sicher, dass die gesamten Ausgaben im Sinne der Stadt Kloten verwendet werden?*
- *Ist die Klotener Vertretung im Steuerungsgremium autonom berechtigt Ausgaben zuzustimmen oder braucht es die Zustimmung des gesamten Stadtrates?*
- *Der Allianz sind Personen und Gemeinden beigetreten, welche nicht in der betroffenen Region wohnen oder zur Region gehören. Wurden diese direkt durch die Allianz «unser Eigentäl» angefragt? Wie steht der Klotener Stadtrat dazu?*
- *Bezahlen diese Personen und Gemeinden einen Beitrag? Ihre Mitgliedschaft lässt auf ein Eigeninteresse schliessen.*
- *Wird Lobby-Arbeit durch eine externe Organisation auf Kosten der Allianz «Unser Eigentäl» gemacht? Wenn ja, wie sieht diese Lobbyarbeit aus? Welche Unternehmung bzw. Organisation ist mit dem Mandat betraut und wer erteilt die Aufträge? Besteht ein schriftlicher Auftrag und wer erteilt ihn? Wenn ja, wie sieht der Inhalt der Auftragserteilung aus?*

Im Kantonsrat ging eine Anfrage zur Eigentälstrasse ein (KR-Nr. 403/2024). Ist diese Anfrage in Zusammenarbeit mit der Allianz «Unser Eigentäl» entstanden? Wurden von der Allianz externe Arbeitsstunden für die Erarbeitung der Anfrage gezahlt?

Beschluss:

Die Interpellation wird zur Kenntnis genommen. Die Beantwortung erfolgt schriftlich.

Wortmeldungen:

Ratspräsident, Philip Graf: Wir kommen zum Traktandum Interpellation 13673; Anita Egg, SP; Massnahmen Eigentalsstrasse; Begründung. Die Interpellation wurde von Anita Egg am 13. Februar 2025 eingereicht. Der Ablauf; Begründung durch die Interpellantin, Stellungnahme des Stadtrat, zum Schluss bei Antrag auf Diskussion Wortmeldungen aus dem Rat. Darf ich dich nach vorne bitten, Anita?

SP-Fraktion, Anita Egg: 750'000 Franken, das sind eine dreiviertel Million Franken. Bewilligt hat den Betrag die rechte Ratshälfte letztes Jahr aufgrund einer Motion von Ueli Morf. Viel Geld, auch wenn es vielleicht nicht ganz ausgegeben wird, für ein Anliegen, das keine Mehrheit der Bevölkerung betrifft. Diese Behauptung stelle ich jetzt einfach so in den Raum, genauso wie der Flyer der Allianz, den wir bekommen haben diese Woche, die behauptet, dass eine Sperrung gegen den Willen der Bevölkerung ist. Im vierseitigen Flyer notabene, Hochglanz auf dickem Papier in alle Briefkästen verteilt, auf der Rückseite eine Petition zum Unterschreiben. In den letzten Monaten hat sich einiges getan in Sachen Eigental. Uns von der SP interessiert, wie die Steuergelder ausgegeben werden beziehungsweise schon ausgegeben wurden. Was uns weiter interessiert: Spricht die Klotener Vertretung in der Allianz "Unser Eigental" im Namen des Gesamtstadtrats? Ist diese Vertretung auch berechtigt, autonom Ausgaben zu sprechen? Warum sind wenig betroffene Regionen oder Personen in der Allianz vertreten? Werden in dieser Allianz private Interessen verfolgt? Was sind die Interessen und zahlen diese einen Beitrag? Ausserdem interessiert uns, ob und welche Organisationen Lobbyarbeit für die Allianz betreiben. Wir freuen uns auf Transparenz durch die Beantwortung meiner Fragen oder unserer Fragen. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Darf ich den Stadtrat um Stellungnahme bitten?

Stadtrat, Roger Isler: Ja, danke vielmals für die Interpellation. Auch diese werden wir fristgerecht schriftlich beantworten.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Roger Isler. Gibt es einen Antrag auf Diskussion? Das Wort hat Marco Brunner, SVP.

SVP-Fraktion, Marco Brunner: Besten dank Anita und unterzeichnende Fraktionsmitglieder der SP für die interessanten Fragen rund um das Thema Eigental, das die Bevölkerung durchaus interessiert. Sie wird aufzeigen, dass hinter der Allianz "Unser Eigental" keine Auto- oder nationale Lobbyorganisation steckt, wie die Fragestellerin das suggerieren will, sondern juristische und natürliche Personen, 13 Gemeinden aus der Region und eine Handvoll Kantonsräte, auch aus unserem Bezirk, denen es ein Anliegen ist, dass sämtliche Mobilitätsformen Platz in unserer Gesellschaft haben. Die Fragen werden, wie schon erwähnt, eine Kostentransparenz schaffen. Transparenz, die wir von der SVP-Fraktion in machen Kulturvorlagen vermissen, in manchen Vorstössen von eurer Seite sowie auch bei den jährlichen Budgetdebatten, die wir durch viele Fragen und den Details die Kostenträger erfahren wollen. Und genau dort, liebe Genossen und Genossinnen, solltet ihr euch vermehrt die Frage stellen, ob die Ausgaben im Sinn der Stadt sind. Ob die Gelder in der Stadt bleiben und direkt der Bevölkerung zugutekommen und welche Organisationen und Personen davon profitieren. Doch genau dort ist eure Stille jedes Jahr ohrenbetäubend. Und jetzt, nicht einmal sechs Monate nach der Überweisung einer Motion des Gesamtgemeinderates, nicht von der rechten Hälfte, sondern von der Mehrheit der demokratisch gewählten Vertreter hier drin, kommen solche Suggestivfragen. Im Übrigen sind die Antworten auf die ebenfalls erwähnte kantonale Anfrage, viel spannender als die von eurer Interpellation. Nämlich kann der Regierungsrat darlegen, warum bis heute keine wissenschaftliche Datenerhebung vorgenommen worden ist, welche die konkrete Situation im Eigental bezüglich der Verkehrsauswirkungen der Teilschliessung und den tatsächlichen, effektiven Wert für die Natur darlegen respektive die Grundlage dafür bilden kann. Oder kann der Regierungsrat erklären, ob ein Monitoring über die Entwicklung und den Betrieb respektive Teilschliessung der Strasse, verkehrliche Auswirkungen und zur Verbesserung der Naturwerte eingebracht haben. Oder denkt der Regierungsrat, dass die verkehrstechnische Situation rund um das

Eigentel in den letzten zehn Jahren unverändert geblieben ist? Wenn ja, gibt es Erhebungen und Zählungen, die seine Haltung unterstützen und wenn Nein, wie beurteilt der Regierungsrat die heutige Situation auf der Vereinbarung 2017 für die Entlastung des Eigentel vorgesehenen Route auf dem übergeordneten Strassennetz? Das Thema ist bei der Bevölkerung präsent und keine Angst, liebe SP, auch wir von der SVP werden die Entwicklung genauestens verfolgen und wenn nötig auch unsere parlamentarische Rechte einsetzen, zum Wohl der ganzen Bevölkerung. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: *Danke, Marco Brunner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.*

04.03.2025 Beschluss Nr. 103-2025 Vorlage 9907; Geschäftsreglement Gemeinderat GeschR GR;
Teilrevision 2025 betr. Reihenfolge Wortmeldungen und Aktenauflage

0.0.1.3 Reglements

Vorlage 9907; Geschäftsreglement Gemeinderat GeschR GR; Teilrevision 2025; Reihenfolge Wortmeldungen; Aktenauflage

Der Stadtrat hat bereits mehrere Male darum gebeten, eine Anpassung von Art. 63 des GeschR GR zu prüfen. Max Töpfer, Präsident IFK hat unter anderem in diesem Zusammenhang die folgenden Änderungsanträge der Ratsleitung zur Vorprüfung zugestellt. Die Ratsleitung hat den Vorschlägen am 20.1.2025 zugestimmt und beschlossen, diese dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Anpassung der Reihenfolge der Wortmeldungen

Antrag:

Art. 63 Reihenfolge der Voten

Absatz 1 bleibt unverändert.

² Bei Vorlagen des Stadtrats erteilt das Präsidium das Wort wie folgt:

- a. Referierende der vorberatenden Kommission;
- b. ~~Referierende der Minderheit der vorberatenden Kommission;~~
- c. übrige Kommissionsmitglieder der vorberatenden Kommission;
- d. ~~Referierende des Stadtrats~~ übrige Mitglieder des Gemeinderats;
- e. ~~übrige Mitglieder des Gemeinderats~~ Referierende des Stadtrats.

Absätze 3 bis 5 bleiben unverändert.

Begründung:

Der Antrag passt die Reihenfolge der Redenden an die Abläufe im Kantonsrat an und gibt dem Stadtrat so die Möglichkeit, zum Schluss noch einmal Replik auf das Gesagte zu nehmen und dabei auch allfällige Fragen oder Unklarheiten aus dem Plenum zu klären.

Abschaffung der physischen Aktenauflage

Antrag:

Art. 48 Akten

Absatz 1 bleibt unverändert.

² Die Akten stehen den Mitgliedern der beteiligten Behörden zehn Tage vor der Sitzung, ~~in einem zu bezeichnenden Raum, zur Verfügung und sind~~ elektronisch ~~verfügbar~~ zur Verfügung. In Ausnahmefällen oder auf Anfrage kann das Ratssekretariat die Unterlagen in physischer Form zur Verfügung stellen.

Begründung:

Die Aktenauflage im Stadthaus wird heute kaum noch genutzt, da sämtliche Unterlagen für die Sitzungen auch elektronisch zur Verfügung stehen. Durch eine rein digitale Aktenauflage wird der Gemeinderat der Digitalstrategie der Stadt Kloten besser gerecht und kann überflüssigen Mehraufwand für die Verwaltung abbauen.

Beschlüsse:

Der Antrag zur Art. 63 wird mit 16 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag zu Art. 48 wird einstimmig zugestimmt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: Wir kommen zum nächsten Traktandum. Das wäre das Geschäftsreglement des Gemeinderates, Teilrevision 2025, Reihenfolge der Wortmeldungen und Aktenauflagen. Mit dem Ratsleitungsbeschluss 46-2025 vom 20. Januar wurde diese Vorlage dem Gemeinderat überwiesen. Zum Vorgehen: Wir werden die beiden Anträge separat behandeln. Dabei werde ich zuerst vorstellen, was der Antrag sagt, die Begründung, warum wir das als Ratsleitung eingebracht haben. Dann würde ich das Wort an den Rat geben, dann an den Stadtrat und dann kämen wir zur Abstimmung. Zum ersten Antrag, das heisst die Anpassung der Reihenfolge von den Wortmeldungen. Das wäre so, dass man es umdrehen würde, dass zuerst die übrigen Mitglieder des Gemeinderates das Wort haben und dann die Referierenden des Stadtrates. Der Antrag passt die Reihenfolge so an, wie es im Kantonsrat üblich und auch festgelegt ist und gibt dem Stadtrat so die Möglichkeit, zum Schluss auch noch mal mit Blick auf das Gesagte Stellung zu nehmen und da dabei auch noch allfällige Fragen und Unklarheiten aus dem Plenum zu klären. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat? Das Wort hat Urs Brunner, SVP.

SVP-Fraktion, Urs Brunner: Die SVP-Fraktion wird eine der beiden Vorlagen 9907, Geschäftsreglement Teilrevision 2025, ablehnen. Zur Aktenaufgabe gibt es keine Einwände. Wie in der Begründung erwähnt wird, wird diese kaum genutzt und daher wird diese Änderung auch unterstützt. Die Anpassung der Reihenfolge der Wortmeldungen findet jedoch keine Unterstützung. Und zwar aus folgenden Gründen: Der Stadtrat hat bei jedem Geschäft oder Antrag, der dem Gemeinderat vorliegt, die Möglichkeit, sich im Vorfeld zu äussern und die Meinung einzubringen. Ebenfalls kann der Stadtrat sich in den Fraktionen und in der GRPK einbringen und so auf eine Vorlage Einfluss nehmen. Der Gemeinderat bereitet sich ausgiebig auf die einzelnen Geschäfte vor, stellt Fragen und klärt Dies und Das ab. Dabei bringt sich der jeweils der Stadtrat über die Verwaltung in in den Meinungsbildungsprozess ein. Im Internet der Stadt Kloten findet man folgendes über die Aufgaben und Kompetenzen der Gemeinderäte. Der Gemeinderat bestimmt und steuert die Aufgaben der Stadt Kloten durch die Zuteilung von Ressourcen. Er übt die Aufsicht über die Organe der Stadt aus. Der Gemeinderat hat unter anderem folgende Befugnisse: Abnahme der Geschäftsberichte, Abschluss, Änderung und Aufhebung von Vereinbarungen mit anderen Gemeinden sofern diese die Kompetenzen des Stadtrates überschreiten sowie Beschluss des Budgets und Abnahme der Jahresrechnung. Auch darum braucht es aus unserer Sicht diese Änderung nicht. Wir sind der Meinung, dass an einer Gemeinderatssitzung auch die anwesenden Gemeinderäte das letzte Wort haben sollen. Es ist schliesslich eine Gemeinderatssitzung, von den Gemeinderäten und den Volksvertretern. Und zuletzt auch noch: Wir sind auch der Meinung, dass zum Teil emotionale Wortmeldungen vom Stadtrat am Schluss einer Sitzung nichts verloren haben. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Urs Brunner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Änderung des Artikels 63 wird mit 16:15 Stimmen abgelehnt. Kommen wir zum zweiten Änderungsantrag. Das betrifft Artikel 48, Aktenaufgabe. Und zwar geht es dort darum, dass gestrichen wird, dass die Aktenaufgabe in einem Raum zur Verfügung gestellt werden muss, sondern dass sie auch elektronisch zur Verfügung gestellt werden kann und in Ausnahmefällen oder auf Anfrage dann trotzdem vor Ort in physischer Form verfügbar gemacht werden kann. Die Begründung: Die Aktenaufgabe im Stadthaus wird heute kaum genutzt, weil sämtliche Unterlagen für die Sitzung auch in elektronischer Form verfügbar sind. Durch eine rein digitale Aktenaufgabe wird der Gemeinderat der Digitalstrategie der Stadt Kloten besser

gerecht und kann einen überflüssigen Mehraufwand für die Verwaltung abbauen. Gibt es Wortmeldungen aus dem Rat zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat zu diesem Antrag? Das ist auch nicht der Fall. Wer dem Antrag zu Artikel 48 zustimmen möchte, der soll jetzt aufstehen. Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Gestaltungsplan Gwärfihölzli; Revision; Festsetzung

Ausgangslage

Der öffentliche Gestaltungsplan Gwärfihölzli wurde vom Regierungsrat mit Beschluss Nr. 508 am 13. Februar 1991 genehmigt. Damit wurde die planungsrechtliche Grundlage für den Lärmschutz anhand von baulichen sowie gestalterischen Massnahmen des Gestaltungsplangebiets gegenüber der damals im kantonalen Richtplan enthaltenen Nordumfahrung der Stadt Kloten geschaffen.



Abb. 1: Übersichtsplan mit dem öffentlichen Gestaltungsplan Gwärfihölzli (rot umrandet) und Kat.-Nrn. 6353 und 6354 (blau umrandet).

Das nördliche Teilgebiet innerhalb des Gestaltungsplans wurde in den Jahren 1991 bis 1995 mit den Wohngebäuden Hohstrasse 2 und 4 sowie Graswinkelstrasse 6, 8, 10, 12, 14 und 16 überbaut. An der Kreuzung Hohstrasse/Graswinkelstrasse befindet sich innerhalb des Gestaltungsplans die Bushaltestelle Graswinkel. Die südlichsten Grundstücke Kat.-Nrn. 6353 und 6354 an der Bassersdorferstrasse wurde bis anhin nicht weiterentwickelt. Auf dem Grundstück befindet sich die Coop-Tankstelle und die Autocenter Zenu GmbH.

Die Baudirektion genehmigte mit Verfügung Nr. 186 am 19. Februar 2002 eine Teilrevision des Gestaltungsplans zur Optimierung der gewerblichen Bebauungsmöglichkeiten auf den beiden Parzellen Kat.-Nrn. 6353 und 6354 (ursprünglich Kat.-Nr. 4571). Bis heute wurde von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht. Mit der Entlassung der Nordumfahrung aus dem kantonalen Richtplan im Jahr 2017 eröffnete sich die Möglichkeit einer gemischt genutzten Überbauung (inkl. Wohnnutzung) auf den Parzellen Kat.-Nr. 6353 und 6354.

In der laufenden Revision des kommunalen Richtplans (Stand: Festsetzung Gemeinderat vom 4.6.2024) ist das Gebiet Steinacker und eine Bautiefe entlang der Bassersdorferstrasse als Transformationsgebiet bezeichnet (Nr. S1.04). Eine weitere Festlegung beinhaltet die städtebauliche Akzentuierung des Ortseingangs (Nr. S7.07).

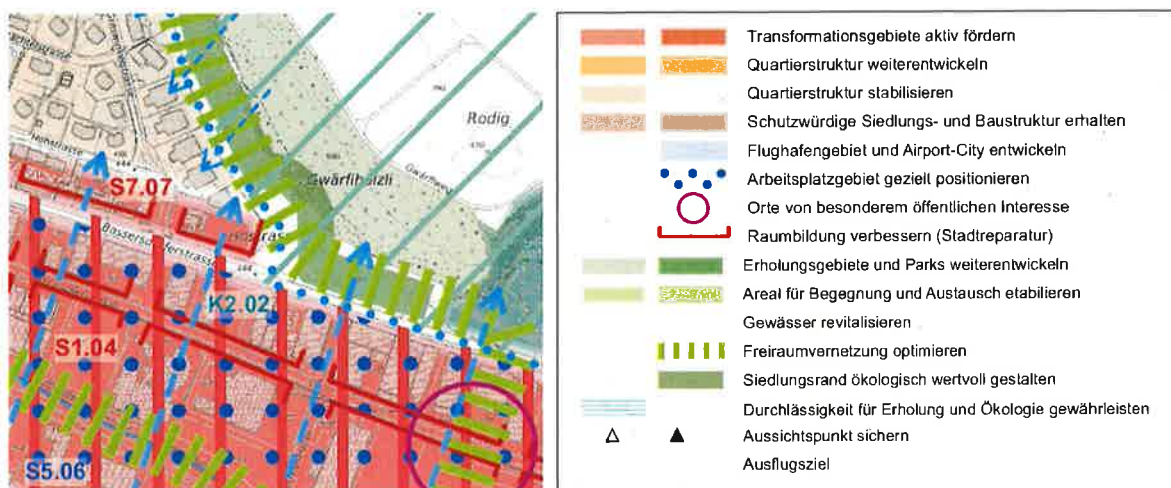


Abb. 2: Planausschnitt Revision kommunaler Richtplan (Stand: Festsetzung Gemeinderat vom 4.6.2024)

Das Gesamtprojekt "Glattalbahn-Verlängerung Kloten" bringt für das Gebiet Steinacker, aber auch für die Parzellen Kat.-Nrn. 6353 und 6354, eine bessere Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr. Die zukünftige Haltestelle Steinacker kommt in 100 m Nähe zu liegen. Im Zusammenhang mit der Glattalbahn-Verlängerung wird der Hochwasserschutz verbessert und der Bedenseebach ins Gebiet Graswinkel/Gwärfhölzli verlegt. Der Bedenseebach verläuft zukünftig offen nordöstlich der Grundstücke Kat.-Nrn. 6353 und 6354. Bachbegleitend entsteht ein öffentlicher Fussweg.

Ziele

Eine zukünftige Bebauung (Kat.-Nrn. 6353 und 6354) soll - zusammen mit der anberaumten Transformation des angrenzenden Gebiets Steinacker in einen urbanen Stadtteil - als Eingangstor der Stadt Kloten in Erscheinung treten. Die städtebauliche Konfiguration, die Dichte und der Nutzungsmix einer zukünftigen Bebauung soll sich an den Sonderbauvorschriften Steinacker orientieren (Stand: Festsetzung Gemeinderat vom 4.6.2024).

Richtprojekt

Die Anfrage an das Amt für Raumentwicklung (ARE) bezüglich einer gemischt genutzten Überbauung auf dem Grundstück Kat.-Nrn. 6353 und 6354 mit hoher Dichte wurde mit Schreiben vom ARE (dat. 3.12.20) grundsätzlich positiv beantwortet. Daraufhin hat die Specogna Immobilien AG die Entwicklung des Grundstücks an die Hand genommen und ein Studienauftragsverfahren durchgeführt. Der Schlussbericht liegt mit Datum vom 31. Mai 2022 vor. Das Siegerprojekt von Ramser Schmid Architekten ETH BSA SIA, Zürich, wurde anschliessend zu einem Richtprojekt (d. 18.04.2023) weiterbearbeitet. Es besteht aus drei Bauvolumen, die einen gefassten und gleichzeitigen durchlässigen Innenhof bilden. Die Gebäudeköpfe verleihen allen drei Baukörpern elegante plastische Abschlüsse und definieren differenzierte Stadträume und Adressen: Es entstehen ein kleiner Vorbereich im Südosten, ein Pocket-Park zwischen Tankstelle und Neubau und eine gestaltete Spielwelt im Übergang zum Naturraum. Der Gewerbeanteil beträgt 20%. Es entstehen in der ersten Etappe rund 96 Wohnungen und in der zweiten Etappe (Tankstelle) 18 weitere Wohnungen. Die Anzahl Parkplätze wird stark reduziert. Ein Mobilitätskonzept zeigt kompensatorische Massnahmen auf.



Abb. 3: Visualisierung Richtprojekt (d. 18.04.2023)

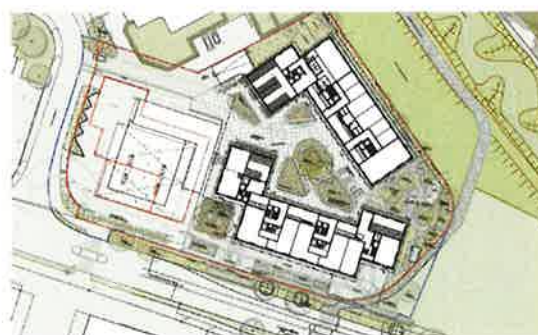


Abb. 4: Situationsplan Richtprojekt 1. Etappe (d. 18.04.2023)

Revision Gestaltungsplan

Der öffentliche Gestaltungsplan Gwärfihölzli wird gestützt auf das Richtprojekt angepasst. Das öffentliche Interesse am Gestaltungsplan lässt sich nicht mehr aufgrund des Lärmschutzes begründen, da die Nordumfahrung nicht mehr im kantonalen Richtplan enthalten ist. Es lässt sich aber aufgrund der besonderen Lage am Stadteingang und am zukünftigen Erholungs- und Naturraum Bedenseebach rechtfertigen.

Die Anpassung des öffentlichen Gestaltungsplans betrifft zur Hauptsache das Baufeld C auf Kat.-Nrn. 6353 und 6354 zur Sicherung der Qualitäten des Richtprojekts. Der neue Höhenlinienplan 1:500 legt im Sinne von § 5 der Allgemeinen Bauverordnung (ABV) das massgebende Terrain des Teilgebietes Süd fest.

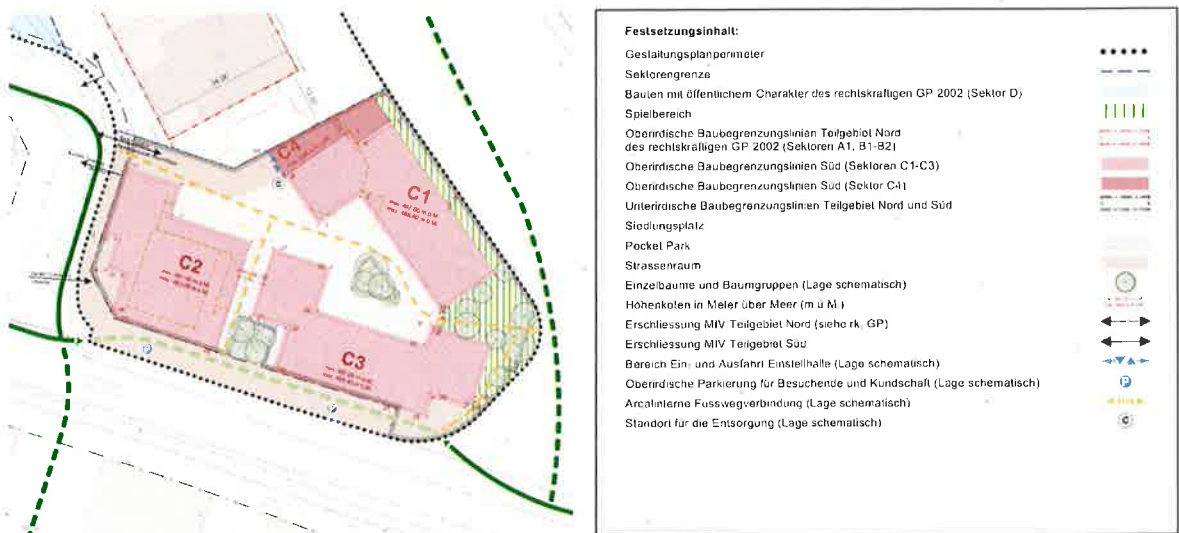


Abb. 5: Planausschnitt Revision öffentlicher Gestaltungsplan Gwärfihölzli

Die Vorlage zur Revision des öffentlichen Gestaltungsplans besteht aus den folgenden Akten vom 5. Dezember 2023:

- Situationsplan 1:500
- Höhenlinienplan 1:500
- Vorschriften (Synopsis und Reinschrift)
- Planungsbericht nach Art. 47 RPV
- Bericht zu den Einwendungen

Beilagen bzgl. Gestaltungsplan:

- 1) Schlussbericht Studienauftragsverfahren, d. 31. Mai 2022
- 2) Richtprojekt, d. 18. April 2023
- 3) Berechnungen Richtprojekt, d. 18. April 2023
- 4) Mobilitätskonzept, d. 27. April 2023
- 5) Lärmgutachten, d. 10. Dezember 2022
- 6) Energiekonzept, d. 2. September 2022

Beilagen bzgl. Mehrwertausgleich:

- A) Städtebaulicher Vertrag inkl. Planbeilage, d. 27. Mai 2024
- B) Dienstbarkeitsvertrag mit Specogna Immobilien AG, Entwurf
- C) Erklärung Erbgemeinschaft Vollenweider, d. 21. März 2024 (nicht öffentlich)
- D) Planbeilage zur Erklärung Erbgemeinschaft Vollenweider, d. 21. März 2024 (nicht öffentlich)
- E) Bescheinigung Willensvollstrecker Vollenweider, Bezirksgericht Bülach, d. 4. März 2024 (nicht öffentlich)
- F) Mehrwertermittlung, Bericht d. 15. Januar 2024

Mehrwertausgleich

Mit der Revision des öffentlichen Gestaltungsplans Gwärfihölzli entsteht ein planungsbedingter Mehrwert gemäss Art. 5 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG), dem kantonalen Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) und der Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Kloten. Das Büro Fahrländer und Partner wurde mit der Mehrwertermittlung beauftragt. Das Resultat liegt mit Schlussbericht vom 15. Januar 2024 vor. Entlang der Grundstücke Kat.-Nrn. 6353 und 6354 fehlt ein Trottoir (Bassersdorferstrasse). Die Verbindung von der Hohstrasse zum zukünftigen Weg entlang des Bedenseebachs soll darum über die Grundstücke Kat.-Nrn. 6353 (Specogna Immobilien AG) und 6354 (Erbengemeinschaft Vollenweider) geführt werden.

Mit der Grundeigentümerschaft von Kat.-Nr. 6353 (Specogna Immobilien AG) wird ein städtebaulicher Vertrag gemäss Art. 19 Abs. 6 Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) abgeschlossen. Basis des städtebaulichen Vertrags bildet die Mehrwertermittlung von Fahrländer und Partner. Als Sachleistungen werden im städtebaulichen Vertrag die Kosten für die Erstellung und den Unterhalt des öffentlichen Weges sowie für die Gewährleistung der Zufahrt zum Nachbargrundstück Kat.-Nr. 4570 während der Bauphase der Mehrwertabgabe in Abzug gebracht. Der verbleibende Betrag wird als Mehrwertabgabe in den Mehrwertausgleichsfonds einbezahlt. Für das öffentliche Fusswegrecht mit Nebenleistungspflicht liegt ein Entwurf des Dienstbarkeitsvertrags vor.

Die Grundeigentümerschaft Kat.-Nr. 6354 (Erbengemeinschaft Vollenweider) verzichtet auf einen städtebaulichen Vertrag. Mit einer schriftlichen Erklärung sichert sie der Stadt Kloten das Fusswegrecht auf ihrem Grundstück kostenlos zu.

Verfahren

Das Amt für Raumentwicklung nahm mit Vorprüfungsbericht vom 9. März 2023 zur Revision des öffentlichen Gestaltungsplans Gwärfihölzli (Vorlage vom 1. Dezember 2022) ausführlich Stellung. Die im Vorprüfungsbericht bemängelten Inhalte wurden eingehend geprüft und die Vorlage entsprechend präzisiert.

Die Anrainer (Grundeigentümer- und Mieterschaft) wurden an der Informationsveranstaltung vom 6. Juli 2023 orientiert. Die öffentliche Auflage und Anhörung fand vom 2. August bis am 2. Oktober 2023 statt. Über die Behandlung der Einwendungen gibt der separate Bericht zu den Einwendungen vom 5. Dezember 2023 Auskunft. Das Amt für Raumentwicklung nahm im Rahmen einer zweiten Vorprüfung mit Bericht vom 28. September 2023 Stellung. Die Planungsvorlage wurde bereinigt und liegt nun zur Festsetzung durch den Gemeinderat vor.

Fazit

Die Revision des öffentlichen Gestaltungsplans Gwärfihölzli verbessert die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige, nachhaltige und gemischt genutzte Gesamtüberbauung auf den unternutzen Parzellen Kat.-Nrn. 6353 und 6354. Zugleich ermöglicht die Vorlage – abgestimmt auf die Transformation des Gebiets Steinacker – eine städtebauliche Akzentuierung des Ortseingangs.

Beschluss Stadtrat:

1. Der Revision des öffentlichen Gestaltungsplans Gwärfihölzli wird zugestimmt.
2. Der städtebauliche Vertrag (d. 27.05.2024) zwischen der Stadt Kloten und Specogna Immobilien AG wird genehmigt und im Grundbuch angemerkt.
3. Vom Entwurf des Dienstbarkeitsvertrags zwischen der Stadt Kloten und Specogna Immobilien AG für das Fusswegrecht für die Öffentlichkeit mit Nebenleistungspflicht wird Kenntnis genommen.
4. Dem Gemeinderat werden folgende Anträge unterbreitet:
 - 4.1 Der revidierte öffentliche Gestaltungsplan Gwärfihölzli, bestehend aus den folgenden Akten vom 5. Dezember 2023, wird festgesetzt:
 - Situationsplan 1:500

- Höhenlinienplan 1:500
 - Vorschriften (Synopsis/Reinschrift)
- 4.2 Vom erläuternden Bericht gemäss Art. 47 Raumplanungsverordnung (RPV) und vom Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen nach § 7 Planungs- und Baugesetz (PBG) wird zustimmend Kenntnis genommen.
- 4.3 Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Revisionsvorlage als Folge von Rechtsmittel- und Genehmigungsentscheiden in eigener Kompetenz vorzunehmen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

Antrag des Stadtrates an den Gemeinderat:

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

1. Der revidierte öffentliche Gestaltungsplan Gwärfihölzli, bestehend aus den folgenden Akten vom 5. Dezember 2023, wird festgesetzt:
 - Situationsplan 1:500
 - Höhenlinienplan 1:500
 - Vorschriften (Synopsis/Reinschrift)
2. Vom erläuternden Bericht gemäss Art. 47 Raumplanungsverordnung (RPV) und vom Bericht zu den nicht berücksichtigten Einwendungen nach § 7 Planungs- und Baugesetz (PBG) wird zustimmend Kenntnis genommen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an der Revisionsvorlage als Folge von Rechtsmittel- und Genehmigungsentscheiden in eigener Kompetenz vorzunehmen. Solche Beschlüsse sind öffentlich bekannt zu machen.

Antrag der SP-Fraktion

Die SP-Fraktion beantragt gestützt auf Artikel 62 des Geschäftsreglements die Rückweisung des Gestaltungsplans Gwärfihölzli (Vorlage 7524). Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine neue Vorlage zu unterbreiten, in welcher für die aus dem Gestaltungsplan resultierende Mehrausnützung nach §49b des Planungs- und Baugesetzes ein Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen von 51% vorgesehen ist.

Beschluss:

Der Rückweisungsantrag der SP wird mit 18:13 Stimmen abgelehnt.

Antrag GLP-Fraktion

Artikel 6 "Nutzweise Sektor C", Abs. 6 (neu)

20% der maximal zulässigen Wohnfläche sind in jeder Etappe und dauerhaft als preisgünstige Wohnungen im Kostenmietmodell gemäss kantonaler Verordnung zu § 49b Planungs- und Baugesetz (PBG) zu betreiben. Für Wohnungen, die nach Kostenmietmodell vermietet werden, haben die Grundeigentümerschaften folgende Belegungsvorgabe im Mietvertrag aufzunehmen: Vierzimmerwohnungen sind mit mindestens 3 Personen, Fünzimmerwohnungen mit mindestens 4 Personen zu belegen. Der Stadtrat kann Voraussetzungen festlegen, die ausnahmsweise eine tiefere Belegung erlauben.

Beschluss:

Der Antrag der GLP wird mit 18:13 Stimmen abgelehnt.

Beschluss über den Gestaltungsplan:

Der Gestaltungsplan wird mit 18:13 Stimmen genehmigt.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: *Kommen wir zum nächsten Traktandum, Vorlage 7524, Gestaltungsplan Gwärfihölzli, Revision, Festsetzung. Mit dem Stadtratsbeschluss 187-2024 vom 02.07.2024 wurde diese Vorlage an den Gemeinderat überwiesen. Zum Ablauf: Zuerst hat das Wort Ueli Morf von der GRPK, dann weitere Wortmeldungen aus der GRPK, dann Wortmeldungen aus dem Rat. Aber zuerst: Es ist ein Rückweisungsantrag von der SP eingereicht worden, dieser wird durch Max Töpfer begründet. Wir würden zuerst logischerweise über den Rückweisungsantrag abstimmen und falls dieser angenommen wird, wird die Vorlage nicht behandelt. Das Wort hat Ueli Morf.*

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Ueli Morf: *Mit dem Beschluss 187-2024 wurde der GRPK der öffentliche Gestaltungsplan Gwärfihölzli zur Prüfung vorgelegt. Dieser Gestaltungsplan umfasst die Parzellenkatasternummer 6353 und 6354. Auf diesen Grundstücken befindet sich momentan die Coop-Tankstelle und das Autocenter Zenu GmbH. Am 31.12.2020 hat das Amt für Raumentwicklung bezüglich einer gemischt genutzten Überbauung auf den Grundstücken Kataster Nummer 6353 und 6354 grünes Licht gegeben. Daraufhin hat die Specogna Immobilien AG die Entwicklung dieser Grundstücke in Angriff genommen. Daraus entstand der vorliegende Gestaltungsplan. Das Projekt umfasst drei markante Baukörper, in denen der Gewerbeanteil 20% betragen soll. Zwischen den Baukörpern entsteht ein kleiner Vorbereich, im Südosten, ein Pocket-Park zwischen Tankstelle und Neubau und eine gestaltete Spielwelt im Übergang zum Naturraum. Die ganze Überbauung soll in zwei Etappen erfolgen. Bei der ersten Etappe werden die zwei markanten Gebäude Richtung Bassersdorf gebaut. In diesen Gebäuden sind 96 Wohnungen mit Gewerberäumen und Nebenräumen angedacht. In der zweiten Etappe, bei der Tankstelle, sind weitere 18 Wohnungen angedacht. Mit dem Mobilitätskonzept werden kompensatorische Massnahmen wahrgenommen. Mit diesen Massnahmen kann die Anzahl Parkplätze stark reduziert werden. Darin wird verwiesen, dass sich in unmittelbarer Nähe drei Buslinien befinden, die gut mit der SBB Kloten und dem Flughafen verbunden sind. Auch wird Mietern der Vorrang gegeben, die in unmittelbarer Nähe arbeiten und das Auto für den Arbeitsweg nicht gebrauchen oder gar kein Auto besitzen. Mit dem privaten Gestaltungsplan erhöht sich die Ausnützung gegenüber der normalen Bau- und Zonenordnung auf über 200%. Daraus ergibt sich für den Grundeigentümer nach Abzug des Freibetrages und der Zusatzkosten (Studienauftrag) ein berechneter Mehrwert von circa 13 Millionen. Auf diesen Mehrwert muss die beschlossene Mehrwertabgabe von 25% bezahlt werden. Dieses Geld kann wiederum in nachhaltige Projekte investiert werden, was der Bevölkerung wiederum zugutekommt. Mit dem städtebaulichen Vertrag wollen die Parteien eine Regelung treffen, wie die Leistungen der Eigentümer zugunsten gebietsbezogener Infrastruktur bewertet und in Ergänzung zu einer Mehrwertabgabe treten soll. Im städtebaulichen Vertrag werden folgende Punkte geregelt: Erstellung Wegverbindung von Punkt A nach Punkt B entlang der Bassersdorferstrasse, Gewährleistung Wegrecht zur Einstellhalle, Zahlung in den Mehrwertausgleichsfonds, Erfüllung und Leistungsstörungen, Einzelfragen und Schlussbestimmungen. Die GRPK hat den Gestaltungsplan Gwärfihölzli sehr kritisch angeschaut. So wurde vor allem auf folgende Punkte geschaut, zu denen auch viele Fragen gestellt wurden. Was geschieht mit der Abstimmung Steinacker, das Mobilitätskonzept, städtebaulicher Vertrag, Mehrwertausgleich, um nur einige zu nennen. Die Stadtverwaltung hat alle die Fragen sehr schnell beantwortet. An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Kloten für die gute Zusammenarbeit bestens danken. Nach all den Fragen und Antworten zu den gestellten Fragen, wurden ein Änderungs- und ein Rückweisungsantrag in der GRPK gestellt. Mit dem Änderungsantrag wurde gefordert, die Bauhöhe um zwei Stockwerke zu reduzieren. Da der Antrag bei den Beratungen schon keinen Anklang fand, wurde der Antrag vor der Abstimmung zurückgezogen. Der Rückweisungsantrag fordert mehr bezahlbaren Wohnraum in diesem Gestaltungsplan. Dieser Antrag wurde in*

der GRPK mehrheitlich abgelehnt. So wurde zum Schluss über den gesamten Gestaltungsplan abgestimmt. Die Mehrheit der GRPK hat diesem Gestaltungsplan zugestimmt. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Philip Graf: Noch zwei kleine Präzisierungen. Wir befinden uns jetzt in der Eintretensdebatte. Das heisst es kommen zuerst noch weitere Wortmeldungen aus der GRPK, dann Wortmeldung aus dem Stadtrat, dann aus dem Rat und erst dann würden wir zum Rückweisungsantrag von Max Töpfer kommen. Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK? Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Stadtrat? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat? Das Wort hat André Gerber, SVP.

SVP-Fraktion, André Gerber: Wir haben heute Abend eine ganz wichtige Vorlage, die wir miteinander anschauen müssen, die die Entwicklung der Stadt Kloten betrifft. Die SVP Fraktion hat diese ganz genau angeschaut. Zuerst möchte ich Ihnen ein paar Zahlen, Jahreszahlen, sagen. 1991 wurde der Gestaltungsplan Gwärfhölzli vom Regierungsrat genehmigt. Von 91 bis 95 wurde das nördliche Teilgebiet des Gestaltungsplanes mit Wohnungen überbaut. 2002 hat die Baudirektion mit der Verfügung Nummer 186 eine Teilrevision genehmigt, die den Gestaltungsplan zur Optimierung von gewerblichen Baumöglichkeiten auf diesen beiden Parzellen, die wir vorhin gehört haben, 6353 und 6354, genehmigt. Ein weiterer Schritt passierte 2017. Dort wurde die Entlassung von der Nordumfahrung aus dem kantonalen Richtplan eröffnet, was dann eine gemischte Überbauung mit Wohnnutzung auf diesen 2 Parzellen zugelassen hat. Das war schon quasi der Startpunkt für die Immobilienfirma, welche diese Überbauung dann geplant hat. 2022, fünf Jahre später, wurde das Projekt in der Stadt platziert. Und zwar hat man von vier Projekten, die ausgearbeitet wurden, das beste Siegerprojekt weiterverfolgt. 2025 sind wir heute, jetzt entscheiden wir über diese Vorlage, über diesen Gestaltungsplan. Die besondere Lage dieser zwei Parzellen am Stadtrand der Stadt Kloten, gilt es optimal zu nutzen und den zukünftigen Bewohnern eine hohe Lebensqualität zu bieten. Und dies unter der Berücksichtigung einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Stadtentwicklung, welche sowohl ökologischen wie auch sozialen Anforderungen gerecht wird. Wie wir alle wissen, hat die Stadt Kloten eine besondere Herausforderung. Wir haben 18'000 Arbeitsplätze mehr als Einwohner. Das ist ein Ungleichgewicht, das uns natürlich eine hohe Pendlerquote beschert, die Infrastruktur überlastet und, merken wir alle, steigende Mietpreise verursacht. Diesem müssen wir etwas entgegenwirken und das tut genau diese Vorlage durch den zusätzlichen Wohnraum, mit dem wir den Menschen ermöglichen können, dort zu wohnen, wo sie auch arbeiten. Das reduziert das Verkehrsaufkommen, schont unsere Infrastruktur, wirkt auf Preissenkung vom Mietwohnungsmarkt. Gleichzeitig beinhaltet es eine durchdachte Mischung von Gewerbe und Wohnen, um Kloten attraktiv als Wohn- und Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln. Die SVP Kloten hat sich intensiv mit dieser Vorlage auseinandergesetzt und nebst den oben erwähnten Punkten auch besonders Augenmerk auf folgende Punkte gelegt: Den Mehrwert, welcher diese Liegenschaft, diese Parzelle, dieser Gestaltungsplan bringt, fliesst in den Fonds, den bereits die GRPK, mein Kollege Ueli Morf, erwähnt hat. Das bringt ungefähr 2,6 Millionen Schweizer Franken, die in diesen Fonds einbezahlt werden und wir, die Stadt Kloten, so nutzen können für nachhaltige Investitionen. Das Mobilitätskonzept ist mehrfach hinterfragt worden und wir haben immer eine passende Antwort bekommen. Ich bin da ein bisschen belastet, weil ich seit 1978 im Autogewerbe tätig bin und habe natürlich ein bisschen Herzschmerzen bekommen, als ich feststellen durfte, dass man anstatt vielleicht 120 Parkplätzen, die man bauen dürfte, nur 69 realisiert, dafür 300 Veloparkplätze. Aber es ist so. Die Mobilität wird sich ändern in der Zukunft, also können wir auch aus der Fraktion das unterstützen. Was mich vor allem überzeugt hat, ist, dass der Bauherr uns versichert hat, wir bauen für Mieter, die genau das suchen. Weil nur so kann man das Mobilitätskonzept, das uns vorgestellt worden ist, auch wirklich umsetzen. Ich greife jetzt vielleicht ein bisschen vor. Warum weisen wir den Antrag von Max Töpfer zurück? Wir sehen keinen Mindestansatz, um die Kostenmiete unterstützen zu können. Es muss auch nach dem Steinacker weitergehen. Es ist nötig, dass wir die möglichen Parzellen entwickeln. Denken wir daran, es ist immer eine lange Zeit, die verstreicht, bis man so etwas realisieren kann, wie ich vorher mit diesen paar Zahlen aufgezeigt habe, geht es bald zehn Jahre, bis man so etwas realisieren kann, bis man dann wirklich

endlich mal die Mieter in solchen Wohnungen hat. Die Rückweisung ist in diesem Sinn für uns abzulehnen. Durch den qualitativ hochstehenden Bau sind die Kosten dementsprechend sehr hoch und die Kostenmiete entspricht ja bald der Marktmiete. Nach sorgfältigen Abwägungen von allen Argumenten haben wir uns entschieden, dass wir die Vorlage annehmen werden. Abschliessend möchte ich noch betonen, dass dies ein wichtiger Schritt ist für die Zukunft der Stadt Kloten, dass wir uns entwickeln können, in die richtige Richtung. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, André Gerber. Das Wort hat Dominique Chambettaz, Die Mitte.

Die Mitte Fraktion, Dominique Chambettaz: Der Mangel an Wohnungen in unserer Stadt treibt die Immobilienpreise in die Höhe und macht den Zugang zu Wohnraum für Familien immer schwieriger. Für uns schafft dieses Projekt Familienwohnungen, in dem ein innovatives Mobilitätskonzept und eine funktionale Mischnutzung in den Rahmen integriert sind. Es bietet eine neue Wohnvision und könnte als Inspiration für ähnliche Projekte dienen. Mehr Wohnungen erlauben und dafür einen Gegenwert zu verlangen, ist eine Win-win-Situation für Investoren, Stadt und Bürger. Wir fordern vom Stadtrat, dass er seinen Verhandlungsspielraum zur Kostenmiete in den kommenden Bauprojekten überprüft und frühzeitig nutzt. Die Mitte Kloten unterstützt die Originalvorlage dieses Geschäftes. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zum Rückweisungsantrag von der SP. Das Wort hat Max Töpfer.

SP-Fraktion, Max Töpfer: Seit 2019 wurden hier im Parlament diverse Planungsgeschäfte behandelt, die allesamt den Grundeigentümern eine Mehrausnutzung ermöglicht haben. Ich erwähne bewusst das Jahr 2019, da die Gemeinden seit dann die rechtliche Grundlage haben, einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen einzufordern. Die Volksabstimmung über dieses Instrument liegt sogar noch einige Jahre mehr zurück. 2014 sprach sich Kloten mit 60% Ja-Stimmen für den sogenannten Paragraph 49b des kantonalen Planungs- und Baugesetzes aus. Was ist seitdem in Kloten passiert? Am Waldeggweg, am Lirenäcker, am Rätshögässli und im Hohreinli-Quartier entstehen Hunderte neue Wohnungen ohne dass nur eine einzige davon nach Kostenmiete vermietet wird. Schlimmer noch, die Bauprojekte führen zum Verlust von bezahlbarem Wohnraum, ohne dass adäquate Alternativen geschaffen werden. Und dies obwohl der Stadtrat seit mehr als zehn Jahren einen deutlichen Auftrag der Klotener Stimmbevölkerung hat. Das ist ein Skandal. Geschätzte Anwesende, der noch grössere Skandal ist aber, dass der Stadtrat dem Parlament mit dem vorliegenden Geschäft wieder einen Gestaltungsplan überwiesen hat, der der Specogna Immobilien AG eine gigantische Mehrausnutzung von 200% ermöglicht, ohne dass als Gegengeschäft ein Anteil an Wohnungen nach Kostenmiete eingefordert wird. Ich weiss nicht, auf welchem Planeten unser Stadtrat und allen voran Bauvorstand Roger Isler leben. Die Bevölkerung sorgt sich vor steigenden Mieten, die Menschen haben Angst, aus Kloten verdrängt zu werden, weil sie keine bezahlbare Wohnung mehr finden. Eine Auswertung von Wüest Partner zeigt, dass die Mieten im Kanton Zürich in den letzten 25 Jahren um fast 50% gestiegen sind. 50%. Der Stadtrat nimmt dieses Problem aber nicht ernst und politisiert an den Sorgen der Bevölkerung vorbei. Das macht mich wütend. Die SP kann sich nicht hinter ein Geschäft stellen, das einmal mehr ein Geschenk an grosse Immobilieninvestorinnen ist. Mit dem vorliegenden Rückweisungsantrag verlangen wir die Überarbeitung des Gestaltungsplans. Die neue Vorlage soll einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen von 51% vorsehen. Damit würden in Kloten 49 dringend benötigte, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sollte das Projekt für die Specogna Immobilien AG dadurch nun unrentabel werden, weil sie den Mietenden dieser Wohnungen keine Rendite aus den Taschen ziehen kann? Da hätten wir als SP eine Lösung parat. Liebe Specogna Immobilien, beziehen Sie einen gemeinnützigen Bauträger wie eine Genossenschaft in Ihr Projekt mit ein. Diese sind noch so froh, wenn sie mit Ihnen zusammen ein neues Projekt ausarbeiten können, das auf die wirklichen Ansprüche der Klotener Bevölkerung zugeschnitten ist. Ich kann es mir nicht verkneifen, ich muss an dieser Stelle auch noch auf die sehr abenteuerliche Argumentation eingehen, mit der Stadtrat Roger Isler im Zürcher Unterländer vom 24. Februar versucht hat, den Antrag abzuwehren. Lieber

Roger, du sagst ja, die Stadt Kloten soll ein verlässlicher Partner sein und man könne doch jetzt nicht die Rahmenbedingungen ändern. Ich möchte an dieser Stelle sehr gerne an die Rollenverteilung erinnern. Der Stadtrat stellt dem Parlament einen Antrag. Für die Festsetzung von Planungsgeschäften, ist aber das Parlament, und in letzter Instanz, wenn das Referendum ergriffen wird, die Stimmbevölkerung zuständig. Wir hier im Parlament definieren die Spielregeln, wir setzen die Rahmenbedingungen. Wenn nun ein Vertreter in der Exekutive nach dem Motto "friss oder stirb" dem Parlament sagt, es sei ein unverlässlicher Partner, wenn es seinen Job macht, dann fehlt vielleicht ein wenig der Respekt gegenüber der Volksvertretung. Dann behauptest du, Roger, dass der Stadt durch einen Anteil preisgünstiger Wohnungen Einnahmen im Mehrwertausgleichsfonds entgehen. Das ist korrekt so. Ich finde aber, man sollte diese Thematik ganzheitlich beleuchten und nicht einfach behaupten, es hätte dann kein Geld mehr für Spielplätze und Velowege. Ein Mindestanteil nach Paragraph 49b PBG ist wie die Mehrwertabgabe eine Form der Abschöpfung von sogenannten Planungsgewinnen. Das ist die Steigerung des Landwerts, die nach einer Aufzoning resultiert. Im Fall des Gwärfihölzlis sind das rund 16'000'000 Franken. Geld, was wir als Politik den Grundeigentümern schenken. Ich finde es äusserst grotesk, wenn man nun versucht, Spielplätze und Velowege gegen preisgünstige Wohnungen auszuspielen. Alles ist wichtig für die Bevölkerung und sollte angemessen berücksichtigt werden. Zumal Kloten jetzt nicht gerade an knappen Kassen leidet. Übrigens: Wenn man der Meinung ist, dass mit den preisgünstigen Wohnungen zu wenig Geld in den Mehrwertausgleichsfonds fliesst, dann gäbe es auch noch die Möglichkeit, die Mehrwertabgabe zu erhöhen. Derzeit schöpfen wir nur 25% des Mehrwerts ab, gesetzlich zulässig wären aber 40%. Und dann, lieber Roger, behauptest du ja noch, weil die Initiative "Wohnen für alle" abgelehnt worden sei, wäre ein Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen vom Tisch. Ich kann so ein unsinniges Argument langsam nicht mehr hören. Die Initiative hat ein Ziel vorgegeben, das in der Bevölkerung leider keine Mehrheit fand. Das war aber kein generelles Nein zu bezahlbaren Wohnungen. Ganz im Gegenteil. Hier interpretierst du etwas falsch. Ich habe es vorher eingangs erwähnt, 60% der Klotener Stimmbevölkerung wollen solche Mindestanteile an preisgünstigen Wohnungen. Wenn der Stadtrat die Sorgen und Aufträge der Bevölkerung so wenig ernst nimmt, stelle ich mir schon die Frage, wie es gelingen soll, die Stadtentwicklungsstrategie nach der verlorenen Steinacker-Abstimmung neu aufzugleisen. Apropos Steinacker. Nach der Ablehnung der Stadtentwicklungsvorlagen nimmt der Entwicklungsdruck auf die bestehenden Quartiere zu. Wir müssen befürchten, dass unsere Quartiere stärker umgepflügt werden und noch mehr bezahlbarer Wohnraum verschwindet. Es ist darum essenziell, dass wir nun Massnahmen ergreifen, um die Stadtentwicklung in sozialverträgliche Bahnen zu lenken. Ein verbindlicher Anteil an Wohnungen nach Kostenmiete bei Projekten wie dem Gwärfihölzli wäre schon mal ein Anfang. Sollte der Gemeinderat, dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen, dann wird die SP diesen masslosen Gestaltungsplan ablehnen. Es braucht einen Kurswechsel in der Klotener Wohnbaupolitik. Die SP wird darum auch zu den Volksrechten greifen, um diesen Wechsel herbeizuführen. Wir ergreifen Partei für die Menschen in Kloten, wir ergreifen Partei für bezahlbare Wohnungen, vielen Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Max Töpfer. Ich möchte dich an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass sachliche Kritik sehr wohl in Ordnung ist. Aber wenn du jemanden persönlich ansprichst, wie jetzt im Fall von Roger Isler, dann sind Ausdrücke wie "von welchem fremden Planeten er kommt" unangebracht. Danke. Das Wort hat Philipp Gehrig, FDP.

FDP-Fraktion, Philipp Gehrig: Sobald die Kameras da sind, fängt das kameragerechte Verhalten an in diesem Rat. Anders kann ich mir gewisse Worte, die vorher dem Stadtrat entgegengeschleudert worden sind, nicht erklären. Das ist halt so. Ich hole ein bisschen aus und komme dann selbstverständlich auch auf den Rückweisungsantrag zu sprechen. Wir unterstützen als FDP-Fraktion den Gestaltungsplan, folglich lehnen wir den Rückweisungsantrag ab. Warum unterstützen wir den? Wir brauchen in Kloten mehr Wohnungen, wir haben es vorher schon sehr gut vom SVP-Vertreter gehört. Und mehr bauen ist am Schluss vom Tag das beste Rezept, um dieser Wohnungsknappheit entgegenzuwirken. Wenn wir sagen, dass wir mehr bauen wollen, werden viele schon ganz nervös. Sie haben Angst, dass wir nur für die Zuzüger bauen würden. Und

selbstverständlich profitieren auch die Zuzüger von den neuen Wohnungen. Wir haben es auch wieder gehört vorher. Wir haben ein Ungleichgewicht, Arbeitsplätze, Wohnungen, wir brauchen auch für Leute, die hier arbeiten, somit vielleicht als Zuzüger gelten, mehr Wohnungen. Wir bauen aber, indem wir solche Projekte ermöglichen, auch für die Klotenerinnen und Klotener. Zum Beispiel für das junge Paar, das bald Nachwuchs erwartet und dass vielleicht keine Familienwohnung in Kloten findet. Es ist ein Verlust für die Stadt, wenn das junge Paar die Familienwohnung nur in einer anderen Stadt findet und somit wegziehen muss. Das gleiche gilt für eine alte Frau, vielleicht ist ihr Mann verstorben, sie wohnt in einer viel zu grossen Altbau-Viereinhalbzimmerwohnung, wünschte sich eigentlich eine kleinere Wohnung, findet sie nicht auf dem Markt. Was macht Sie? Bleibt sitzen in einer Wohnung, die vielleicht nicht alterstauglich ist, die vielleicht genau das junge Pärchen brauchen könnte. Wir brauchen mehr Wohnungen, auch für Klotenerinnen und Klotener. In diesem Kontext hat es mich gefreut, dass im Kantonsrat ein Vorstoss eingereicht worden ist von der FDP, der eben fordert, dass man einen Einheimischen-Bonus erreichen kann bei Überbauungen. Ich hoffe, der Stadtrat schaut mit viel Interesse auf die Beantwortung dieser Anfrage. Auch wir haben unsere Vorbehalte beim Gestaltungsplan. Und weil der SVP Vertreter auf die Verkehrssituation zu sprechen gekommen ist, handle ich das jetzt auch wirklich nur kurz ab. Wir haben uns Sorgen gemacht, wir machen uns Sorgen über die Autothematik, das ist so. Dort wird es wichtig sein, dass das Ganze dann auch konsequent gehandelt wird, dass dann nicht die blauen Zonen in diesem Quartier Rankstrasse/Graswinkel von Mieterinnen und Mietern des Gwärfhölzli besetzt werden. Und das Gleiche gilt auch für das ÖV-Angebot und da schauen wir auch wieder die Stadt an. Da wird es wichtig sein, dass man ein gutes Monitoring macht und dass man bei Bedarf entweder die Frequenz der Busse oder halt auch die Grösse der Busse dort hinten vergrössert. Ich bin der Meinung, dass die Klotenerinnen und Klotener und auch viele andere in der Schweiz, nicht grundsätzlich Angst haben vor Wachstum. Sie haben Angst vor dem Dichtestress, der entsteht, wenn Wachstum nicht gleichzeitig einen Infrastrukturausbau mit sich bringt und da kann man als Stadt diesen Ängsten, die am Schluss dann eben dazu führen, dass Projekt torpediert werden, gut entgegenwirken. Zum Antrag der SP, und ich handle im ersten Schritt auch den GLP-Antrag damit ab, ich komme dann vielleicht später nochmal. Wir haben eine klare Aussage, die ist uns allen bewusst, das Projekt wird mit diesem Antrag nicht realisiert werden. Wir haben somit nicht die Wahl zwischen, wollen wir einen Gestaltungsplan ohne preisgünstig oder wollen wir einen Gestaltungsplan mit preisgünstig. Wir haben einfach die Wahl, wollen wir mehr Wohnungen oder wollen wir nicht mehr Wohnungen. Wenn wir uns noch einfach noch einmal bewusst werden: Mehr bauen ist der erste Schritt, das Grundrezept gegen die Wohnungsknappheit, dann ist die Antwort eigentlich klar. Wir haben es gesehen in Zürich beim SBB Projekt, bei der Neugasse. Da ist man von linker Seite auf Tutti gegangen und hat gefunden, ganz viel preisgünstig. Am Schluss hat man nichts gehabt. Keine Wohnung. Man hat niemandem geholfen. Zuletzt denen, die eigentlich eine Wohnung bräuchten, die leiden unter der Wohnungsknappheit, die leiden unter den zu hohen Mieten. Die Wahl ist nicht, wollen wir einen Anteil preisgünstig oder nicht. Es ist, wollen wir bauen oder torpedieren wir ein ganzes Projekt und sagen wir, wir bleiben auf dem Problem sitzen. Jetzt werfen die Linken vielleicht die Hände und sagen, die Bürgerlichen sagen immer das gleiche. Sie sind eigentlich für preisgünstig, aber einfach nicht in dieser Form und am Schluss eben lehnen sie preisgünstig ab. Das stimmt so nicht. Preisgünstig braucht es, das braucht es definitiv. Es gibt ganz viele Projekte im Raum Zürich, die im Rahmen von Gestaltungsplanverfahren, mit Gestaltungsplanvorgaben zum Beispiel, ein Anteil preisgünstig ermöglicht worden ist. Oder nehmen wir das Projekt von der Helvetia, Frohburg, ich glaube Oerlikon, wenn es mir Recht ist, sogar ohne staatliche Einwirkung hat man das zustande gebracht. Es ist möglich, das schwätzen wir gar nicht weg. Wolltest du eine Frage stellen, Anita? Ich höre dich eben nicht, Entschuldigung. (Unverständlicher Einwurf) Merci vielmals für die Geographiestunde, das ist super, da bin ich froh drum. Der Witz ist eben dort, die Überlegungen müssen zu Beginn des Prozesses eingebracht werden, dann kann eben berechnet werden, ob die Rendite stimmt und so etwas kann integriert werden. Und darum zum Schluss jetzt noch der Blick zum Stadtrat. Gestaltungsplanverfahren sind lange Verfahren und wir sagen heute ganz legitim, wie wir es begründet haben, es ist zu spät, um den Antrag jetzt einzureichen. Aber der Stadtrat ist in der Pflicht. Ich glaube, ihr seid auf

dem richtigen Weg, dass man sich in Zukunft viel mehr Gedanken wird machen müssen, wie lenken wir die Entwicklung in Kloten. Wir haben vor etwa 2 Jahren eine Interpellation eingereicht, die sich mit dieser Frage nach dem bedarfsgerechten Wohnraum in Kloten befasst hat. Wir sind der Überzeugung, dass das was wir brauchen eine solide Datengrundlage ist, was brauchen wir wo in Kloten für Wohnraum. PGW als absolut wichtiger Faktor ist aber nicht der einzige, den es gibt. Und dann muss man darauf eine politische Strategie legen, damit der Stadtrat auch eine klarere Handhabung hat, dass wenn zum Beispiel wieder ein Gestaltungsplan kommt, dass man zu Beginn des Prozesses sagen kann, das brauchen wir hier. Man kann auch gerne und man sollte, auch auf die politischen Realitäten hinweisen. Wir wissen, ohne PGW, ohne Anteil von verschiedenen Punkten, ohne dass man auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht, werden solche Projekte in Zukunft vermehrt scheitern. Und da ist der Stadtrat in der Pflicht, um proaktiv zu sein und da mit den Investoren und mit allen Bauherren, egal ob staatlich, privat, institutionell, zusammenzuarbeiten und das zu ermöglichen. Das ist die nächste Geländekammer. Wir lehnen die beiden Anträge ab. Den Rückweisungsantrag, den Änderungsantrag und stimmen diesem Gestaltungsplan heute zu. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Auch hier nochmals ein kleiner Zwischenkommentar. Entweder eine Zwischenfrage stellen und sonst bitte das Votum nicht kommentieren. Das Wort hat Diana Diaz, Grüne.

Grüne-Fraktion, Diana Diaz: Wir Grüne begrüßen grundsätzlich die Idee, dass mit dem Gestaltungsplan Gwärfihölzli neuer Wohnraum geschaffen werden soll und das auch noch mit ökologischem Holzbau. Klingt fast zu gut um wahr zu sein. Doch es gibt einen grossen Haken und das ist, wie bereits erwähnt, das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum in diesem Gestaltungsplan. Es ist sehr bedauerlich, dass wir wieder einen Gestaltungsplan vorgelegt bekommen, der das Thema bezahlbaren Wohnraum nicht mitgedacht hat. Es scheint so, als wäre die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dem Stadtrat kein Anliegen. Dabei ist es ganz klar, dass es in Kloten einen grossen Mangel an bezahlbaren Wohnungen gibt und dass dieser bei Neubauten zu wenig mitgedacht wird. Also wir haben ganz viele schöne Beispiele gehört von Leuten, die Wohnungen bräuchten, Pärchen, ältere Leute, aber die ganzen Wohnungen bringen den Leuten nichts, wenn sie es nicht bezahlen können. Wir haben auch ganz viele Beispiele von neuen Überbauungen gehört. Ein weiteres Beispiel ist der Lerchenweg, der noch nicht erwähnt worden ist. In diesem Jahr sollten die ersten Wohnungen bezugsbereit sein und die Wohnungen sind im mittleren Preissegment. Hat es anfangs geheissen. Effektiv werden dort aber Dreieinhalbzimmer-Wohnungen für rund 3'000 Franken vermietet. Zum Vergleich: Gemäss der Stadt Zürich ist der Medianpreis für eine Dreizimmerwohnung in der Stadt bei circa 1'800 Franken brutto. Also wenn man nochmals den Vergleich mit der Stadt machen möchte, ich finde es noch gut, also 3'000 Franken sind sehr, sehr viel. Darum: Wir von den Grünen unterstützen den Rückweisungsantrag der SP und teilen die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Philip Graf: Das Wort hat Brian Dieng, GLP.

GLP-Fraktion, Brian Dieng: André Gerber, ich werde nachher ziemlich sicher nochmals reden zum Änderungsantrag. Aber ich nehme mir heraus, jetzt nochmal etwas aufzugreifen, das du gesagt hast, weil ich das wirklich interessant fand und es stimmt wahrscheinlich auch. Wenn man ganz viel mehr baut in Kloten, dann wird es irgendwann günstiger. Aber ich glaube nicht, dass es günstiger werden würde, wenn man jetzt einem Privaten, der vor allem die Maximierung des eigenen Einkommens - diesen Gestaltungsplan geben, dass es dann so schnell günstiger wird. Nehme ich wirklich nicht an. Also da bräuchte es wahrscheinlich sehr, sehr, sehr viel mehr Wohnungen und man müsste auch noch aufhören, um am Flughafen Leute einzustellen, dass das irgendwann eintreffen könnte. Und Philipp Gehrig, bei dir habe ich interessant gefunden, dass du gesagt hast, richtig, das Rezept ist mehr Wohnungen bauen. Gebe ich dir recht. Aber ich weiss nicht, welches Grosi und welche Familie aus Kloten dort wohnen soll, wenn es so unglaublich viel kostet. Also, es gibt sicher jene, die dort in die Kränze kommen, aber ein Haufen werden es nicht sein, weil einfach der Rubel regiert, oder? Also, ich nehme nicht an, dass eine, die seit 60 Jahren zum Beispiel am Amselweg gewohnt hat, für ein Handgeld und einen feuchten Handschlag auf einmal für irgendwie einen fast sechsstelligen Betrag wohnen

kann dort unten, oder? Who knows, vielleicht auch nicht, vielleicht auch 5'000, wer weiss wie, die sein werden. Auf jeden Fall sehr, sehr hoch. Darum ja, interessante Argumente, aber ich höre da irgendwie raus: Ihr wollt vor allem auch ein bisschen gentrifizieren. Ihr baut schon für Klotener, das finde ich schön, aber wenn nur reiche Klotener und Vermögende und hohe Einkommen Klotener bleiben dürfen in euren Augen, finde ich das nicht so toll. Wir unterstützen gerne den Rückweisungsantrag der SP. Weil: Wohnungen bauen ist, wie ihr gesagt habt, der richtige Weg. Aber wenn sie unbezahlbar sind, haben wir irgendwann schon noch ein paar Klotener da. Aber wahrscheinlich auch noch ganz viele vermögende Expats und sicher nicht mehr alle Klotener, die aktuell hier wohnen. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Brian Dieng. Das Wort hat Silvan Eberhard, SVP.

SVP-Fraktion, Silvan Eberhard: Ich habe manchmal das Gefühl, es sei etwas Schlechtes, wenn man Geld verdiene. Ich fühle mich da als Unternehmer doch ein wenig angegriffen, weil als Unternehmer ist es definitiv nicht nachhaltig, wenn du kein Geld verdienst. Dann gibt es nämlich die Unternehmung ziemlich schnell nicht mehr. Und die tollen Steuererträge, die Jahr für Jahr sprudeln in Kloten, die sprudeln nicht einfach so, weil die Firmen kein Geld verdienen. Ich würde mir schon wünschen, man würde den Unternehmungen ein bisschen mehr Respekt zollen. Weil am Schluss ist es doch auch ein Risiko, wenn man so ein Projekt wie das, über das wir jetzt dann abstimmen, stemmt. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Silvan Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag. Ihr habt den Rückweisungsantrag mit 18 Stimmen dagegen und 13 Stimmen dafür abgelehnt. In diesem Fall kommen wir jetzt zum Geschäft. Und bei diesem gibt es, wie bereits angetönt in einigen Voten, einen Änderungsantrag der GLP. Und zwar geht es um eine Ergänzung von Artikel 6, Nutzweise Sektor C, ein neuer Absatz 6. Der Artikel befindet sich in den Vorschriften, welche Teil der Vorlage sind. Darf ich dir das Wort erteilen, dazu Roman Walt. Ah, Brian Dieng. Entschuldigung, bei mir steht Roman Walt.

Brian Dieng, GLP: Danke Philipp. Roman hat den Änderungsantrag geschrieben, aber wir haben von Anfang an gesagt, ich werde dazu reden. Und wie vielleicht vorher schon aufgefallen ist, ich habe auch jetzt nichts in den Händen, keinen Spickzettel, keinen Laptop, nichts. Und zwar aus dem einfachen Grund, weil das Problem von den fehlenden bezahlbaren Wohnungen in Kloten so omnipräsent ist, immer grösser wird, dass ich da nicht mir irgendwelche Argumente zusammensuchen muss, mühsam, und zu Papier bringen. Nein, es gibt mehr als genügend Beispiele. Gerne eines gefällig? Am Waldeggweg wohnt ein guter Kollege von mir, Waldeggweg 10, um genau zu sein. Eine ganz schöne Gartenbausiedlung, die haben vor einem Monat die Kündigung bekommen auf Ende September. Viele in diesem Quartier wohnen seit 50, 60 Jahren dort. Die müssen weg, haben günstig dort gewohnt, die müssen weg, wohin sollen sie? Niemand hat eine Antwort darauf. Und jetzt können wir mit diesem einen Gestaltungsplan, mit dieser einen Änderung, die ich vorschlage, das Problem lösen? Nei, können wir nicht. Aber wir können es lindern. Und zwar können wir es lindern, indem wir eine moderate Quote von 20%, die euch bekannt vorkommen dürften, von der Steinacker-Vorlage. Mit diesen 20% können wir immerhin dafür sorgen, dass ein einige von diesen nicht gentrifiziert werden. Ich benutze das Fremdwort nochmals, ich hoffe es ist allen klar, was es bedeutet. Einige nicht aus Kloten vertrieben werden, weil sie sich einfach Kloten nicht mehr leisten können. Ich habe bei den vorherigen Voten gehört: Jawohl, es gibt ein bisschen weniger aus dem Mehrwertausgleich. Das stimmt, auf das verzichte ich, ehrlich gesagt, gerne wenn ich für ein paar meiner Bekannten, Verwandten und Freunde dafür sorgen kann, dass sie nicht vertrieben werden von hier. Was es noch zu sagen gibt: Wir mussten in diesem Änderungsantrag eine Belegungsvorschrift einfügen, das ist die Vorlage gewesen. Wir hätten diese nicht unbedingt einfügen wollen, haben wir aber gemacht, weil man das muss. Die ist auch analog zur Steinacker-Vorlage. Anzahl Zimmer -1. Wie man das kontrollieren kann, wird sich wahrscheinlich die FDP fragen. Ich stelle mir das als relativ organischen Prozess vor. Ich meine, jede Liegenschaftsverwaltung und auch die Stadt selbst weiss, wie viele Leute in einer Wohnung wohnen. Das zu kontrollieren ist nicht besonders schwierig.

Deshalb: Moderater Anteil an bezahlbaren Wohnungen lindert das Problem. Wir können es annehmen oder wir können weiterhin sagen, wir brauchen einfach mehr Wohnungen mit ganz vielen hohen Preisen und dann löst sich das Problem irgendwann auch. So hat es von rechter Seite getönt. Ich bin dafür, wir als Legislative, müssen da Gegensteuer geben. Das Problem wird sich nicht von alleine lösen. Darum bitte ich um Unterstützung des Änderungsantrags. Danke vielmals.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Brian. Das Wort hat Diana Diaz, Grüne.

Diana Diaz, Grüne: Weil die angemessene Forderung von 51% Wohnungen zur Kostenmiete keine Mehrheit gefunden hat in diesem Rat, unterstützen wir den Antrag der GLP zu immerhin 20% Anteil bezahlbarer Wohnungen. Falls auch diese minimale Forderung keine Mehrheit finden sollte, sehen wir uns in einer Verpflichtung, um den Gestaltungsplan als Ganzes abzulehnen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Diana Diaz. Das Wort hat Max Töpfer, SP.

Max Töpfer, SP: Die rechte Mehrheit hier im Rat hat es verpasst, einen angemessenen Anteil an preisgünstigen Wohnungen in diesem Gestaltungsplan einzufordern. Wir sind aber auch bereit, in den sauren Apfel zu beissen, als Kompromissvorschlag, und wir würden den Änderungsantrag der GLP unterstützen. 20% preisgünstige Wohnungen beheben bei weitem nicht das Problem, aber sie schaffen Linderung. Und was ich an dieser Stelle vielleicht gerne auch noch kurz erwähnen möchte: wir als SP sind natürlich nicht gegen die Schaffung von mehr Wohnraum. Also im Grundsatz unterstützen wir ja eigentlich den Gestaltungsplan. Es geht uns wirklich einfach darum, wie man ihn aufgegleist hat und wir denken, hier hat es definitiv noch Überarbeitungspotenzial. Aber eben, der Rückweisungsantrag wurde ja abgelehnt, vielen Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Max Töpfer. Das Wort hat Philipp Gehrig, FDP

Philipp Gehrig, FDP: Sorry Brian, ich habe einen Zettel. Und zwar, damit ich nachher noch weiss, was ich gesagt habe. Das ist bei mir jeweils ein bisschen das Problem. Wenn du aus meiner Rede rausgehört hast, dass wir uns eine Gentrifizierung von Kloten wünschen, dann habe ich mich entweder verhaspelt, muss nochmal über meine Rede gehen. Darum schreibe ich es mir auf. Oder du hast ab der zweiten Hälfte von der Rede vielleicht einfach nicht mehr gleich zugehört wie am Anfang. Wir haben gesagt, mehr Wohnungen bauen ist ein Faktor. Und du hast es auch betont. Wir retten in Kloten nicht den Wohnungsmarkt der Schweiz, das ist auch klar. PGW, das haben wir eben auch betont, hat seinen Platz. Uns geht es darum, eine übergeordnete Strategie, wo man wirklich sagt, was brauchen wir in Kloten, was und wo brauchen wir es. Alterswohnungen, Familienwohnungen, kleine Wohnungen, Eigentum, Mietwohnungen, verschiedenste Faktoren spielen eine Rolle im Klotener Wohnungsmix und da müssen wir proaktiv werden. Es ist nicht die Lösung, um einfach zu sagen, bauen und keine Forderungen stellen. Primär aber einmal haben wir da, ich möchte es nochmals betonen, die Wahl zwischen Wohnungen ja oder Wohnungen nein. Und wenn etwas klar ist, dann ist das mit "keine Wohnungen" ist wirklich niemandem geholfen. Noch ein Satz zum Referendum. Ich hoffe wirklich, dass das Referendum nicht kommt. Wir wissen alle, wie die Situation da draussen ist. Wir wissen auch, ich glaube, da verraten wir keine Geheimnisse. Ein Referendum, also die Ankündigung eines Referendums, würde vermutlich auf fruchtbaren Boden stossen bei vielen in der Bevölkerung. Das ist so, das haben wir gesehen beim Steinacker. Und ich weiss, es ist Wahljahr, ich weiss, es ist verlockend. Ich möchte es einfach noch einmal gesagt haben, wir haben die Wahl zwischen mehr Wohnungen oder keine Wohnungen und ich glaube, da ist es jedem klar, was besser ist. Ich hoffe auch, dass wirklich alle Fraktionen sich zusammenraufen. Ob das dann eine Strategie ist, die wir jetzt erwähnt haben, ob es eine andere Lösung ist, wie man das angeht, dass man sich zusammenrauft, dass man sich dem Probleme annimmt. Ich glaube, Kloten hat eine gute Tradition in der Energiegeschichte mit der Energiekommission. Wo man sich zusammenrauft, wo man ein grosses Problem angeht, die Polemik vielleicht ein bisschen hinter sich lassen kann. Da sind wir anderen Gemeinden einen grossen Schritt voraus. Vielleicht schaffen wir das auch endlich in der Wohnthematik. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Philipp Gehrig. Das Wort hat Tanja Woodhatch, EVP.

Tanja Woodhatch, EVP: Zuerst möchte ich der GLP Danke sagen für diesen Antrag. Wir können uns dem sehr stark anschliessen, dass das ganze Thema bezahlbaren Wohnraum nicht ernst genommen wird. Ich finde es spannend, dass Philipp jetzt gerade vorher gesagt hat. Ja, PGW hat seinen Raum und ist wichtig. Aber man ist dann doch irgendwie nicht bereit, darüber zu diskutieren. Es fällt mir auch schwer zu glauben, dass der Ansatz der GLP, der die 20% bezahlbaren Wohnraum verlangt, den Gestaltungsplan komplett verhindern soll. Also ich nehme an, ihr hätte das nicht beantragt, wenn ihr nicht die Idee hättet, dass es dann trotzdem durchkommen würde. Und vielleicht auch nochmal zu euch, FDP. Das mit dieser Gentrifizierung. Ja, wenn das doch so ist, dass die neuen Wohnungen sehr teuer sein werden, ist es doch einfach ein Fakt, dass ganz viele Menschen, sich das nicht leisten können und vertrieben werden von Kloten. So ist es, das ist die Konsequenz, dann ist das doch wie klar. Dass vielleicht Leute aus der bürgerlichen Sparte sich das nicht vorstellen können, weil sie vielleicht einfach nicht wissen, wie das ist, wenn man sehr wenig Geld hat und es sich wirklich nicht leisten kann und wählen müsste zwischen Miete oder Essen oder Krankenkassen. Das mag sein, da ist man vielleicht auch manchmal ein bisschen weit weg von von der Realität von vielen Leuten in Kloten. Aber es ist einfach eine Tatsache, dass viele Menschen sich das nicht werden leisten können und die werden vertrieben. Das ist eine Tatsache und darum finde ich es extrem wichtig, dass mindestens wir linken Parteien oder links und leicht Mitte uns wirklich für das Thema bezahlbaren Wohnraum einsetzen und alles andere sind für mich einfach leere Lippenbekenntnisse. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Tanja Woodhatch. Das Wort hat Peter Nabholz, FDP.

Peter Nabholz, FDP: Es war einmal. Als Politiker schaue ich meine Entscheidungen immer in die Zukunft an und versuche mir vorzustellen, was dort mit unseren heutigen Entscheidungen passieren wird. Ich versuche mich jetzt auch nur auf den Wohnungsbau zu fokussieren und 20 Jahre nach vorne zu spulen, ob ich dann noch lebe oder nicht. Wollt ihr Links-Grün, damit spreche ich auch explizit die GLP-Vertreter an, dass im 2045 gesagt wird, es war einmal. Es war einmal eine Flughafenstadt, wo gewählte Vertreter von Links und Grün angefangen haben in einer Zeit von grosser Wohnungsnot und düsteren Aussichten aufgrund vom Nein zum Steinacker, den risikobereiten Unternehmen, welche den Bürgern Wohnungen bauen wollen, absichtlich Steine in den Weg zu legen. Nicht neu aufgleisen, wie das Max gemeint hat, sie haben sich der Verunsicherung in der Bevölkerung und der Wachstumsängste von Teilen der Bevölkerung angebedert, indem sie sich bei jeder bietenden Gelegenheit und aufgrund des damals herrschenden SP-Mainstreams "böser Stadtrat, böse, böse Unternehmungen" jegliche Bauinnovation im Keim erstickt haben. Links-Grün hat mit ihrem Tun neben der Bauwirtschaft, die jetzt ausserhalb von Kloten ihre Projekte ausführt, damit auch entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Klotener Klimaindex in Sachen CO2 und auch der fehlende Wohnraum noch weiter steigen, weil sie nachhaltige Projekte blind torpediert haben. Ihr lindert das Problem nicht Max, indem ihr einfach Nein sagt zu allem und ihr schafft keinen grösseren Wohnraum. 2030 Vision, das ist unsere Vision Kloten 2030. Es stehen ganz viele interessante Sachen drin. Roman Walt hat das in einer Gemeinderatssitzung vom 7. Mai erwähnt. Ich zitiere einen Ausschnitt aus seiner Rede bezüglich Gutscheinvorstoss von der SP: Wir wollen, dass unsere Bevölkerung länger in Kloten bleibt. Wir wollen, ja. Wir haben ja das Thema, dass alle fünf Jahre 50% der Bevölkerung sich auswechseln. Da hat er absolut recht. Warum will man dann mit 20% aktiv verhindern? Die GLP schreibt in ihren Positionen, dass der Gebäudebestand in Kloten zu erreichen, für Nettonull, wieder erneuert und verdichtet werden muss. Erneuern heisst in dem Fall im Gwärfihölzli mit hochwertigen Materialien wie Holz, und in diesem Projekt mit weiteren ökologischen Innovationen, zu bauen und da wollt ihr tatsächlich 20% bezahlbaren Wohnraum. Und die Stadt Kloten soll, das ist eine weitere Position die sie haben, hochwertigen öffentlichen Raum anbieten. Dies werde durch konsequente Verdichtung der Siedlungsstruktur und attraktive Aussenräume erreicht. Ich frage mich ja schon, wie der hochwertige Wohnraum, wo der Bauherrn auch das Trottoir mitfinanziert und die Einzahlung in den Mehrwertfonds erreicht werden soll, wenn das Projekt eben nicht realisiert wird. Ausserdem heisst mehr bezahlbaren Wohnraum auch weniger Einzahlung in den Mehrwertfonds, das ist glaube ich von euch doch

noch entdeckt worden, mit dem grünliberale Wünsche auch finanziert werden können. Ebenso wird die Erreichung von Nettonull, weil es bei euch ein Muss ist, nicht erreicht, wenn ihr jetzt sämtliche Wohnangebote mit bezahlbarem Wohnraum aufdrücken. Das geht doch nicht. Bezahlbarer Wohnraum hat nicht der selbe Ausbaustandard wie die übrigen Wohnungen, das ist nicht fair. Weitere Position GLP: Dabei wird mit der Erhöhung des Wohnungsangebots gleichzeitig bezahlbarer Wohnraum sichergestellt. Gleichzeitig, wie planwirtschaftlich ist denn das? Hat das noch mit liberaler Wohnraumplanung zu tun, wenn auch in diesem Projekt gehobener Ausbaustandard Wohnraum, ein städtebaulich überzeugender und hochwertiger Neubau bei gleichzeitiger Verdichtung, einer hohen städtebaulichen und architektonischen Qualität mit qualitativ hochwertiger Aussenraumgestaltung und einer identitätsstiftenden Eingangstür für Kloten bei diesem Projekt heute gleichzeitig noch bezahlbaren Wohnraum auf's Auge gedrückt wird. Ja, maximierte Einnahmen, ist dann irgendeine Ausrede. Ja, man verdient damit, ja man muss es verdienen. Unser Kollege Silvan hat es vorher glaube ich klar erwähnt. Ist für die SP, sie ist mal ganz liberal in dieser Beziehung, denn sie hat lediglich eine Kann-Formulierung im Paragraph 49b installiert. Gut, falsch, ihr wollt ja heute das Projekt beerdigen. Es sieht so aus, als dass ein Teil dieses Parlaments nicht nur gegen wohnungssuchende Menschen sind, sondern vor allem gegen den Bausektor und diese Wirtschaft bei jeder sich bietenden Gelegenheit einschränken will. Wie ihr das in der SP so schön? Für alle. Und vergesst dabei diesen Slogan auf die Menschen anzuwenden Denn für alle Wohnungen, die dort gebaut werden, steht jetzt weiterhin eine Autooccasionsmarkt. Ich finde es total schade. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Peter Nabholz. Das Wort hat Max Töpfer, SP.

Max Töpfer, SP: Ich möchte eigentlich nur noch eine Frage hier in den Raum werfen. Wir haben vor, wann war das gewesen? Das war im Juni 2024, da haben wir hier im Parlament die Steinacker-Vorlage behandelt. In den Sonderbauvorschriften war ein Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen von 20% drin. Das ist genau das, was die GLP jetzt mit ihrem Änderungsantrag fordert. Ich stelle mir jetzt schon die Frage, warum sich jetzt scheinbar eine Mehrheit des Parlaments gegen eine Forderung ausspricht, die es ja eigentlich schon einmal unterstützt hat, das ist doch ziemlich inkonsequent, oder?

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Max Töpfer. Das Wort hat André Gerber, SVP.

André Gerber, SVP: Ich finde genau das, was jetzt heute Abend passiert, ist ein sehr ein gutes Beispiel, was eben mit unserer Bautätigkeit los ist. Sie. Ist seit etwa 1970 haben sich die Baukosten vervierfacht. Also jemand, der in einer Wohnung gewohnt hat von 1970, kann nie wieder zu den gleichen Kosten heute in einen Neubau einziehen, weil sich einfach die Baukosten erhöht haben. Es ist nicht mehr möglich, zu den Kosten von 1970 heute etwas zu bauen. Brian, Max, Diana, es sind diese Treiber, die uns beeinflussen. Wir müssen schauen, dass wir die Regulatorien senken können, dass es möglich ist, schneller ein Bauprojekt realisieren zu können. In dieser Zeit von 2017, wo wahrscheinlich der Bauherr angefangen hat, das Ganze zu planen, bis er heute im 2025, acht Jahre später realisieren kann, sind etwa 30%, 35%, höhere Baukosten. Und das sind Treiber, die uns die Wohnungsmieten von heute gestalten. Darum haben wir diesen Unterschied zwischen Bestandesmiete und Angebotsmiete. Weil einfach die Bausubstanzen heute viel besser sind, natürlich, als 1970. Wir haben viel bessere Werte in den Energiekosten. Es ist alles top, was wir machen. Natürlich bin ich auch dafür, dass man bezahlbare Wohnungen baut. Darum ist es wichtig, dass man eben nicht lange diskutieren muss. Dass man schnell ein Projekt durchziehen kann, damit man auch mit den Baukosten vernünftig kalkulieren kann, was in der heutigen Welt nicht mehr möglich ist, weil wir so viele Regulatorien berücksichtigen müssen. Danke.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, André Gerber. Das Wort hat Sandra Eberhard, SVP.

Sandra Eberhard, SVP: Ich mache es kurz, ich habe es mir vorher schon verkniffen, beim GLP Sprecher. Jetzt beim SP-Sprecher nochmals. Ich möchte es jetzt auch betonen. Ja. im 2024 haben wir das hier bestimmt, einstimmig, Steinacker, für zukünftige Projekte ab dann, mit dem neuen Richtplan, mit den neuen

Verordnungen. Für die Zukunft, nicht für rückwirkende Projekte, die schon seit vier, fünf Jahren am Planen sind, die jetzt fixfertig sind, jetzt einfach noch mal die Spielregeln ändern. Das passt für mich nicht, ist gegen Treu und Glauben. Wir sind alle einstimmig dafür gewesen, für diese Angaben, für die Regulatorien, da hat niemand etwas dagegen und das uns jetzt so vorzuwerfen ist nicht in Ordnung und es stimmt auch nicht. Wir sind einfach der Meinung, dass wir für bestehende Projekte, die schon seit Jahren geplant werden, die fixfertig, die mit Kosten und allen Auflagen so geplant worden sind, im hochwertigen Segment alles erfüllt, was ihr euch eigentlich auch gewünscht habt, ausser dem, was wir vor fünf Jahren hier noch nicht bestimmt haben, kann man jetzt nicht kommen und sagen, ja, aber das wollen wir jetzt trotzdem. Das geht für mich nicht auf. Was zukünftige Projektplanungen anbelangt, können wir uns da einigen. Wir haben es auch schon besprochen, es wird etwas kommen, da sind wir sicher, alle können wir uns einigen für zukünftige Projekte. Danke vielmals.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Sandra Eberhard. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der GLP. Ihr habt den Änderungsantrag Antrag mit 18 Stimmen dagegen und 13 Stimmen dafür abgelehnt. Kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Vorlage. Ihr habt die Vorlage mit 18 Stimmen dafür und 13 Stimmen dagegen angenommen.

Schluss der Sitzung: 20:00 Uhr

Für die Richtigkeit:



Regula Götsch
Ratssekretärin i.V.

Geprüft und genehmigt:

Kloten,

GEMEINDERAT KLOTEN



Philip Graf
Präsident



Reto Schindler
1. Vizepräsident



Florian Ruosch
2. Vizepräsident